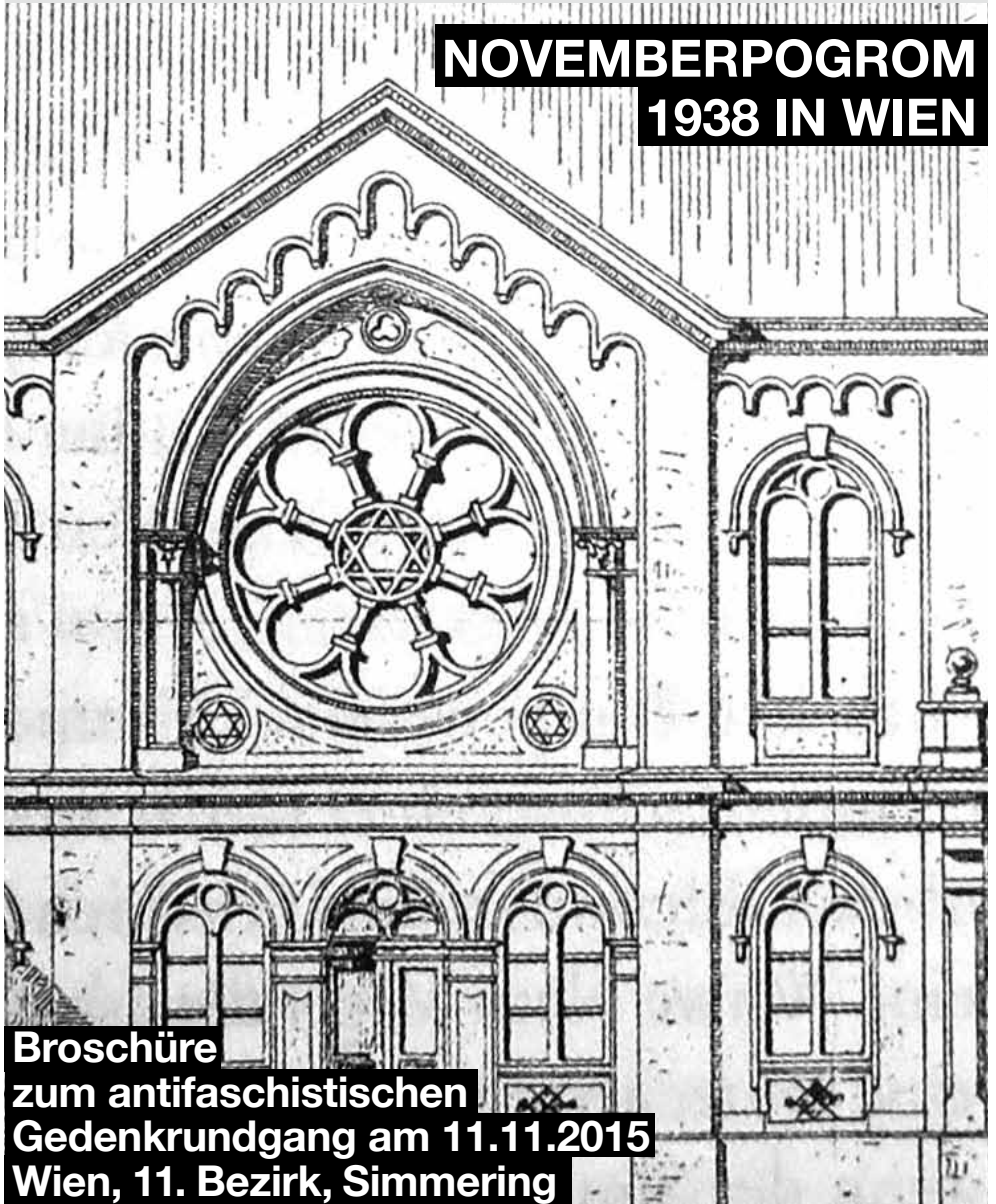


NIEMALS VERGESSEN!

**NOVEMBERPOGROM
1938 IN WIEN**



**Broschüre
zum antifaschistischen
Gedenkrundgang am 11.11.2015
Wien, 11. Bezirk, Simmering**

INHALT

Stationen des antifaschistischen Gedenkrundgangs
sind mit Zahlen gekennzeichnet

Novemberpogrom in Wien 1938	Seite 04
1 Jüdisches Leben in Simmering	Seite 07
2 Barackenlager Hasenleiten	Seite 10
3 „Arisierung“ von Geschäften	Seite 12
Biographien jüdischer Geschäftsleute	Seite 13
4 Simmeringer Synagoge – Braunhubergasse 7	Seite 18
5 Betretungsverbot von Park- und Gartenanlagen	Seite 23
Der alte und der neue jüdische Friedhof am Zentralfriedhof	Seite 24
Das „Grabeland“ auf dem Zentralfriedhof	Seite 27
6 Kündigungen aus Gemeindebauten	Seite 32
6 Ansel (Adolf), Ryfka und Toska Feuchtbaum	Seite 35
Rosa Jochmann	Seite 39
7 „Als Jude ausgeschult...“	Seite 42
KZ-Nebenlager Saurer-Werke	Seite 45
Herbert Exenberger (1943-2009)	Seite 47
Weiterführende Informationen und Hinweise	Seite 50

Novemberpogrom in Wien 1938

Am 9. November 1938 ergingen von der Zentrale des Sicherheitsdienstes in Berlin an alle Gestapoleitstellen und SD-Ober- und Unterabschnitte Blitztelegramme, die genaue Anweisungen über „Maßnahmen gegen die Juden in der heutigen Nacht“ enthielten.

Die ersten dieser Befehle trafen am 9. November 1938 um 23 Uhr in Wien ein. Kreisleiter, Ortsgruppenleiter, SA-Angehörige und SS-Männer formierten sich in Zivilkleidung zu brutalen Rollkomandos. Am 10. November 1938 wüteten Nationalsozialist_innen in Simmering, allen voran die SS-Standarte 89, die sich bereits während des versuchten NS-Putsches im Juli 1934 unrühmlich hervorgetan hatte. Sie waren führend an der Zerstörung der Synagoge in der Braunhubergasse und der Demolierung der Zeremonienhallen in der alten und neuen jüdischen Abteilung des Zentralfriedhofes am 10. November 1938 beteiligt.

Während des Novemberpogroms wurden in Wien mindestens 27 jüdische Männer ermordet, es gab 88 Schwerverletzte, dutzende Selbstmorde, mehr als 6.500 Festnahmen. 3.700 verhaftete Juden wurden direkt in das Konzentrationslager Dachau transportiert. 4.000 Geschäfte wurden geplündert und zerstört, 2.000 Wohnungen geraubt – im NS-Jargon „arisiert“. Im gesamten „Reichsgebiet“ wurden in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 etwa 1.400 Synagogen zerstört. In Wien geschah dies mit besonderer Intensität: 42 Synagogen und Bethäuser wurden in Brand gesetzt. Die Zerstörung der Tempel und Bethäuser erfolgte in den meisten Fällen durch Werfen von Handgranaten im Inneren der Tempel und durch Anzünden des Mobiliars. Das Pogrom wurde von den Parteistellen angeordnet, von SA-Verbänden, SS-Trupps und HJ-Gruppen durchgeführt und vom Großteil der Bevölkerung tatkräftig vorangetrieben. So berichtete der Sicherheitsdienst des Reichsführers des SS-Oberabschnittes Donau über das Novemberpogrom: „Mitleid mit dem Los der Juden wurde fast nirgends laut und wo sich ein solches dennoch schüchtern an die Oberfläche wagte, wurde diesem von der Menge sofort energisch entgegengetreten, einige allzu große Judenfreunde wurden festgenommen.“

Ab dem 12. November 1938 und in den folgenden Tagen registrierte die SS Simmeringer Juden und umgesiedelte jüdische Bewohner des Barackenlagers Hasenleiten als



sich ein zweiter Betverein unter dem Namen „Ahawath Re'im“ (Nächstenliebe). Um die Spaltung der jüdischen Gemeinde Simmerings zu überwinden und eine Brücke zwischen den zwei konkurrierenden Bethausvereinen und nun zwei Religionslehrern zu schlagen, lud der Unternehmer und Gemeinderat Friedrich Vogel die etwa 50 jüdischen Familien Simmerings zu einem Treffen. In seiner erfolgreichen Versöhnungsrede meinte er: „Es sei unser Los, dass man die Juden für jeden Fehler solidarisch verantwortlich mache. Auch der Zwiespalt sei ein Fehler. Wo sei die Weisheit, die Klugheit, die zur Eintracht rate in dieser für uns traurigen Zeit, wo der Antisemitismus zur Schande unseres Jahrhunderts wütet? Es sei eine wahre Entweihung des göttlichen Namens, Zwietracht zu säen, wo Einigkeit stark macht. Die Alten müssen des Friedens wegen den Jungen Konzessionen machen.“

Eine gemeinsame Synagoge war die Antwort. Nach anfänglichen Finanzierungsschwierigkeiten durch einen Konflikt mit der Wiener IKG (die Kultusgemeinden von Simmering, Kaiserebersdorf und kleineren benachbarten Gemeinden wurden während der allgemeinen Wiener Eingemeindungen 1892 in die Wiener IKG eingegliedert), die keinen „Luxusbau, sondern nur ein einfaches, würdiges Bethaus“ bewilligte, konnte mit deren Subvention und großzügigen privaten Spender*Innen 1898 der Grundstein gelegt werden, zur Feier des 50. Regierungsjubiläums Kaiser Franz Josephs. Sie wurde 1899 feierlich eröffnet (zum Vergleich: der Stadttempel in der Seitenstettengasse wurde 1825 eröffnet). Mit der Zeit gestatteten die Behörden die Benutzung der Synagoge jedoch nur mehr an hohen Feiertagen.

Im Zuge der allgemeinen Wiener Eingemeindungen entstand aus Simmering, Kaiserebersdorf und kleinen Gemeinden der Bezirk Simmering – die jeweiligen Kultusgemeinden wurden auch in die Wiener IKG eingegliedert.

1900 gründete sich der Simmeringer Israelitische Frauen-Wohltätigkeitsverein, der sich humanitär ganz besonders durch Lebensmittelverteilungen für Kriegserholstätten und Kinderbekleidungsaktionen während des Ersten Weltkrieges hervortat. In Hasenleiten war in einem Kriegsspital die Baracke 16 für verletzte jüdische Soldaten reserviert. Die Ortsgruppe Simmering des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten (RJF) enthielt 1933 im Tempel in der Braunhubergasse eine Gedenktafel für die sieben im Weltkrieg gefallenen Juden aus Simmering. Die Tafel ging mit der Synagoge in der sogenannten Pogromnacht zugrunde. Die Ortsgruppe Simmering des RJF traf sich noch bis Februar 1938 zu Veranstaltungen, Akademien und Tänzen – vorzugsweise im Gasthaus Held in der Grillgasse 12, dem Café Weber in der Simmeringer Hauptstraße 54 und im Gasthaus Ferstel in der Simmeringer Hauptstraße 74.

Die rote Hochburg Simmering, in der 1932 die Nationalsozialist*Innen mit 7,2% das schlechteste Bezirksergebnis in ganz Wien erreichten, wurde gleich in den ersten Tagen nach dem Anschluss Schauplatz von „Putzaktionen“ – halbuniformierte SA-Leute und Zivilist*Innen zwangen Juden und Jüdinnen Plakatwände und Gehsteige von der Wahlwerbung Schuschniggs zu säubern. Im Juli wurden jüdische Bewohner*Innen

zwangsweise aus den Gemeindewohnungen entlassen, bald folgten die Privatwohnungen. Jüdische Arbeiter*Innen mussten ihre Betriebsstellen innerhalb weniger Monate verlassen, öffentliche Anlagen wie der Hyblerpark und der Braunhuberpark durften nicht mehr betreten werden. Berufungen auf Frontdienste im Weltkrieg oder Tapferkeitsauszeichnungen halfen nicht. In den Zuganglisten des ersten Konzentrationslagers Dachau finden sich 1938 mehrere Simmeringer Juden.

In einer Zählung von 1857 finden sich in der Gemeinde Simmering 92 Juden und Jüdinnen bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 2.500, in Schwechat etwas mehr. Dann stieg sowohl die allgemeine als auch die jüdische Bevölkerungszahl durch Einwanderung: 1890 finden sich in Simmering und Kaiserebersdorf 450 Juden und Jüdinnen bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 28.700, bei der letzten Zählung vor dem „Anschluss“ sind es 515 Juden und Jüdinnen bei einer Gesamtbevölkerung von 52.300. 1988 wurden nur 24 Personen gezählt.

Quellen:

- Exenberger, Herbert (2009): Gleich dem kleinen Häuflein der Makkabäer. Die jüdische Gemeinde in Simmering 1848-1945. Wien: Mandelbaum.



2 Barackenlager Hasenleiten

Mit dem Bau des Lagers Hasenleiten war im Jahr 1915 begonnen worden; insgesamt wurden 50 Holzbaracken errichtet, in denen bis 1919 an die 95.000 Kranke und Verwundete versorgt wurden. Angesichts der Wohnungsnot der Zwanziger Jahre adaptierte man die Baracken als Wohnungen. Dort lebten Menschen in bitterer Armut, ohne Strom und fließendes Wasser, 90 Prozent von ihnen waren arbeitslos und ausgesteuert. 1938 fielen die Siedlungen Hasenleiten und Baumgarten den Nationalsozialisten als Übergangslösung für die zwangsausquartierten Jüdinnen und Juden ins Auge. Zugleich mit der Umsiedlung von jüdischen Gemeindebaumieter_innen in die Barackenwohnungen sollten die dort ansässigen Bewohner_innen auf ganz Wien verteilt werden, mit dem Hintergedanken, die als politisch unzuverlässig geltenden Siedler_innen zu zerstreuen. Nachdem viele Gekündigte nicht wußten, wohin sie mangels Geld und Verbindungen ziehen sollten, erschienen ihnen die Barackenwohnungen als letzter Ausweg, um zumindest über die kalten Wintermonate ein Dach über dem Kopf zu haben. Die Schwierigkeit, diese prekäre Situation zu meistern, geht aus den wöchentlichen Berichten der Israelitischen Kultusgemeinde hervor, die immer wieder darauf hinweist, dass in Wien viele Jüdinnen und Juden in Räumlichkeiten ohne Heizmöglichkeit untergebracht waren. Aber nicht alle, die um eine Barackenwohnung angesucht hatten, erhielten auch eine. Zum Teil waren die Wohnungen in derart desolatem Zustand, daß sich potentielle Neumieter_innen weigerten, dort einzuziehen. Sie begründeten ihre Ablehnung mit Baufälligkeit und zu geringer Größe. Grassierende Krankheiten wie Tuberkulose wirkten sich bei solchen Wohnverhältnissen natürlich verheerend aus. Für jene Gekündigten, die für die Zuweisung einer Ersatzwohnung in einem Altbau oder einer Baracke vorgemerkt waren, wurde ein Formblatt angelegt. Der Beamte, der die Kündigung bearbeitete, fügte dann noch die Daten der Mieter_innen bei. Gründe für den Erhalt einer solchen Ersatzwohnung waren etwa: Kriegsinv-



lidität, die „nichtarische Abstammung“ des Ehepartners/der Ehepartnerin, Dienst als Frontsoldat oder die Zahl der Familienmitglieder.

Bereits ab Mitte Oktober 1938 gab es keine freien Barackenwohnungen mehr. Die umgesiedelten Familien kamen aus vielen Wiener Bezirken nach Hasenleiten, wo sie in großer Not leben mußten; Unterstützung erhielten sie durch monatliche kleine Geldbeträge oder Lebensmittelpakete der Israelitischen Kultusgemeinde. Dazu kam noch der abbruchreife Zustand der Baracken. Die Fürsorge-Zentrale der Kultusgemeinde kam nach einer Erhebung der Lebensumstände in der Hasenleiten zu folgendem Schluß: „Eine Anzahl jüdischer Familien wurde nach den Delogierungen aus Gemeindebauten in den Simmeringer Baracken untergebracht, die sich, wie wir erfahren, in vollkommen unbewohnbarem Zustand befinden. So fehlen unter anderem Fenster samt Rahmen, Türen, Schlösser, und die sanitären Anlagen sind unbenützlich. Auch die Ungezieferplage ist unerträglich. Da bei kalter Witterung ein Weiterverbleiben dieser Familien in den Baracken fast ausgeschlossen ist, wird gebeten, ein Mindestmaß an Wohnlichkeit zu ermöglichen. Es ist äußerst dringend, die Baracken in bewohnbaren Zustand zu setzen oder den Familien andere Wohnungen zuzuweisen.“ Diese Bitte blieb ungehört. Nach dem Novemberpogrom 1938 wurden mehrere der neuen Bewohner_innen in das Konzentrationslager Dachau eingewiesen. Bis 1943 gelang es noch einzelnen jüdischen Bewohnern_innen, in der Hasenleiten zu überleben. Doch im November 1943 meldete der zuständige Hausinspektor Kreci seiner Dienststelle: „Jüdische Mieter gibt es keine mehr im Barackenlager.“

Quellen:

- Exenberger, Herbert/ Koß, Johann/ Ungar-Klein, Brigitte (1996): Kündigungsgrund Nichtarier. Die Vertreibung jüdischer Mieter aus den Wiener Gemeindebauten in den Jahren 1938-1939. Wien: Picus Verlag.
- Exenberger, Herbert (2009): Gleich dem kleinen Häuflein der Makkabäer. Die jüdische Gemeinde in Simmering 1848-1945. Wien: Mandelbaum.
- Havelka, Hans (1983): Simmering. Geschichte des 11. Wiener Gemeindebezirks und seiner alten Orte. Hg: Felix Czeike. Unter Mitarbeit von Herbert Exenberger. Wien/München: Jugend und Volk Verlag.

„Arisierung“ von Geschäften

Vor dem sogenannten „Anschluss“ im März 1938 gab es im 11. Wiener Bezirk einige jüdische Gewerbetreibende, die kleine Läden besaßen. Ihre Geschäftslokale waren meistens in der Simmeringer Hauptstraße angesiedelt und für die Versorgung der Simmeringer Bevölkerung wesentlich. Dazu kamen noch Unternehmen, die jüdische Eigentümer_innen hatten, oder Firmen, in denen auch Gesellschafter_innen oder Prokuristen_innen tätig waren, die nach den Nürnberger Rassengesetzen als Juden und Jüdinnen galten. Die jüdischen Besitzer_innen aller dieser Gewerbe- und Industriebetriebe waren von sogenannten „Arisierungen“ betroffen.

Bereits am 12. März 1938, dem Tag der nationalsozialistischen Machtübernahme in Österreich, kam es zu massiven, unkontrollierten Ausschreitungen gegen Jüd_innen. SS-, SA-Angehörige, Gestapo- und Polizeibeamte drangen in Geschäfte und Wohnungen ein und raubten Vermögensgegenstände. Mehrere Wochen dauerten diese Pogrome und sogenannten „wildes Arisierungen“ an; erst als die nationalsozialistischen Bürokrat_innen sich in ihrem neuen Arbeitsalltag etabliert hatten, änderte sich die Lage. Nicht jedoch für die Verfolgten: Ihre Beraubung wurde lediglich in geregelte Bahnen gelenkt. Plünderungen, Verfolgungen, Erpressungen, Verhaftungen, Demütigungen, Vertreibungen, Enteignungen waren an der Tagesordnung.

Am Raub an Jüd_innen bereicherten sich nicht nur NSDAP-Organisationen, sondern große Teile der Wiener Bevölkerung. Mehrmals kam es in Folge der Enteignungen zu einem wahren Gerangel und zu Streitereien unter diversen „Arisierung_innen“, die auf „Vorkaufsrecht“ oder andere willkürlich angeeignete „Rechte“ pochten. Diese Begriffe sollten den Anschein der Rechtmäßigkeit erwecken, es handelte sich aber um bloßen Raub.

Obwohl die Plünderungen und Enteignungen von jüdischem Gewerbe ab März 1938 stattfanden, stellte das Novemberpogrom in ihrer Gewalttätigkeit und ihrem Organisationsgrad einen vorläufigen Höhepunkt der antisemitischen Gewalt dar. Denn es handelte sich um die angeordnete flächendeckende und systematische Zerstörung der Lebensgrundlagen von Jüd_innen und jüdischer Kultur.

Bereits zwei Tage nach dem Novemberpogrom wurde die „Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ gesetzlich verankert. Jüd_innen durften kein selbständiges kaufmännisches Unternehmen oder Handwerk mehr betreiben und mussten zusätzlich eine sogenannte „Sühneleistung“ in der Höhe von einer Milliarde

Reichsmark bezahlen. Der damalige Wiener NSDAP Gauleiter Josef Brückel kommentierte diesen gewaltigen Raubzug mit dem Satz: „Die Wiener werden sehr damit einverstanden sein.“ Bei unserer Recherche stießen wir auf über 100 Enteignungen von Gewerben und 15 Betrieben in Simmering. Viele davon fanden im November 1938 statt. Wie flächendeckend der Raub an Jüd_innen war, zeigt sich in Simmering besonders deutlich auf der Simmeringer Hauptstraße. Alleine in dieser Straße fanden mehr als 60 „Arisierungen“ von Gewerben statt. Vor allem kleine Geschäfte waren davon betroffen. Auch am Simmeringer Markt an der Ecke Geiselbergstraße/Lorygasse wurden Stände „arisiert“. Im Laufe des Jahres 1938 wurden fünf sogenannte „Judenstände“ enteignet. Am 10. November 1938 waren die Übergriffe auf Jüd_innen in Simmering allgegenwärtig. Im Folgenden soll auf drei Überfälle auf jüdische Geschäfte an der Simmeringer Hauptstraße während des Novemberpogroms eingegangen werden.

Biographien jüdischer Geschäftsleute

Friseurgeschäft Hermine Feyer Simmeringer Hauptstraße 110

Hermine Feyer heiratete am 14. April 1899 in der Synagoge in Misslitz den am 16. September 1873 in der Bukowina geborenen David Feyer, der so wie sie Friseur war. In den Jahren 1929/39 gestaltete sie, zunächst zusammen mit ihrem Mann, ihr Friseurgeschäft in der Simmeringer Hauptstraße 110 vollkommen neu. Doch David Feyer verstarb und wurde am 13. Juni 1929 auf dem Zentralfriedhof, Tor 4, Gruppe 12, Reihe 23, Grab 54 beerdigt.

Nach dem sogenannten „Anschluss“ interessierten sich Josef Herbingen aus dem 4. Bezirk und Gustav Mandl aus Simmering für das neu adaptierte Geschäft. Mandl schrieb am 28. Juli 1938 an Ing. Walter Raffelsberger, den Leiter der Vermögensverkehrsstelle: „Habe mich mit der Inhaberin ins Einvernehmen gesetzt und eine Ablöse für das Inventar, das auf das Modernste und tadellosen Zustand sich befindet, auf einen Kaufpreis von 6.000 Reichsmark geeinigt“. Die Ablehnung der Kaufbewerber Herbingen und Mandl erfolgte zehn Tage später.

Am 10. November 1938 machte ein fremder Mann Hermine Feyer in ihrem Geschäft auf den in ihrer unmittelbaren Umgebung brennenden Tempel in der Braunhubergasse 7 aufmerksam. Erschrocken schloss sie ihren Friseurladen und verbrachte drei Tage und Nächte im Freien, ehe sie wagte, in ihre Wohnung in der Lorystraße 61, Tür 71, zurückzukehren. Dort angekommen fand sie ihre Wohnungstüre mit Aufschriften „Judenwohnung“ verklebt vor und wurde vom Hausbesorger Johann Wacek und von Johann Oari abgefangen. Oari verlangte von ihr den Schlüssel zum Geschäft und zur Wohnung. Als sie sich weigerte, nahm er sie ins Büro der NSDAP Kreisleitung mit, wo er ihr die begehrten Schlüssel gewaltsam aus der Manteltasche raubte. Hermine Feyer durfte ihr

Geschäft nie mehr betreten und musste ihre Wohnung einer Frau, die bis 1934 bei ihr als Bedienerin gearbeitet hatte, übergeben. Ovari betrieb den Friseurladen ab dem 23. Dezember 1938, ohne Hermine Feyer für die Einrichtung zu entschädigen. Typisch für den Umgang mit den beraubten ehemaligen jüdischen Eigentümern ist folgende Episode: „Als Hermine Feyer vom Besuch des Grabes ihres Mannes auf dem Zentralfriedhof mit der Straßenbahnlinie 71 bei ihrem Geschäft vorbeifuhr und dieses offen sah, stieg sie aus und ging hinein, um nachzusehen, wer es jetzt führte. Sie traf mehrere Kunden, ihren ehemaligen Gehilfen sowie den „Ariseur“ Johann Ovari und seine Frau an. Das Ehepaar Ovari beschimpfte sie als „Saujüdin“ und warf sie aus dem Geschäft hinaus.“

Hermine Feyers Sohn Paul (geb. 7.2.1907 in Wien) wurde bereits am 31. Mai 1938 in das KZ Dachau und von dort in das KZ Buchenwald verschleppt, von wo er am 20. April 1939 entlassen wurde. Sie selbst wurde am 9. Oktober 1942 nach Theresienstadt deportiert, wo sie 1945 die Befreiung erlebte.

Handel mit Neu- und Altwaren Max und Cäcilia Ullmann Simmeringer Hauptstraße 135

Max, geboren am 18. Oktober 1888 in Wien, und Cäcilia Ullmann, geboren am 4. November 1885 in Steyr, führten ein bescheidenes Neu- und Altwarengeschäft in der Simmeringer Hauptstraße 135. Max Ullmann besaß mehrere Gewerbeberechtigungen. Die für Schuhmachergewerbe vom 24. Oktober 1917 legte er bereits am 18. Mai 1931 zurück. Die Gewerbeberechtigung vom 25. August 1933 für den Handel mit Wäsche, Kleidung, Schuhen u. a. und die für das Trödlergewerbe vom 6. Dezember 1933 zogen die Nationalsozialisten am 25. November 1938 ein. Am 10. November 1938 erschien der Funktionär der NSDAP Ortsgruppe „Simmeringer Haide“, Matthias Salzer, mit einer Gruppe Nationalsozialisten im Trödlergeschäft. Daraufhin räumten SA-Männer das Warenlager gänzlich aus und nahmen den Ullmanns die Geschäftsschlüssel ab.

Zum Zeitpunkt des Raubs war Cäcilia Ullmann allein im Geschäft, da ihr Mann Max bereits am 3. Juni 1938 als Häftling mit der Nummer 15201 im KZ Dachau registriert

worden war. Am 23. September 1938 überstellte ihn die SS von Dachau in das KZ Buchenwald, von wo er am 28. Mai 1939 entlassen wurde. Cäcilia musste in der Zwischenzeit aus ihrer Wohnung in Simmering ausziehen und in die Leopoldstadt, Obere Donaustraße 85, Tür 11 übersiedeln.



Altwarenhandel von Max Ullmann

Zum „Abwickler“ des Trödlergeschäftes Ullmann bestellt der NS Reichstatthalter

in Wien Dr. Josef Holzlechner und nach dessen Tod die Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft „Donau“.

Am 24. März 1947 erhielt Max Ullmann für seinen alten Standort, Simmeringer Hauptstraße 135, wieder eine Konzessionsurkunde für das Gewerbe des Altwarenhändlers. 1955 verpachteten Max und Cäcilia Ullmann, die sich im Dezember dieses Jahres im Landeskrankenhaus Steyr befanden, ihre Konzession. Cäcilia Ullmann starb im November 1964 und ihr Mann Max am 31. Jänner 1966.

Delikatessengeschäft Max Marian Simmeringer Hauptstraße 135

Das Geschäft von Max Marian an der Simmeringer Hauptstraße 135 wurde „arisiert“.



Das Delikatessengeschäft „Max Marian“ vor dem sogenannten „Anschluss“, März 1938



Das Delikatessengeschäft „Max Marian“ nach dem sogenannten „Anschluss“, März 1938

Warenhaus „Zum Liebling“ Jakob, Male Hindel, Kurt und Rudolf Rosenthal Simmeringer Hauptstrasse 52

Jakob Rosenthal, geboren am 30. Oktober 1881 in Wien und seine Frau Male Hindel, geboren am 20. Jänner 1888 in Krakowice, betrieben in der Simmeringer Hauptstrasse 52 ein Geschäft, das Warenhaus „Zum Liebling“ für Haus- und Küchengeräte, Galanterie- und Spielwaren, wohnten mit ihren zwei Söhnen Kurt und Rudolf in der Rautenstrauchgasse 1a und hatten in Stadlau, auf einem Pachtgrund der Gemeinde Wien, ein Wochenendhäuschen aus Holz.

Ihr Sohn, Kurt Rosenthal, geboren am 3. Jänner 1920, dem die Flucht aus Österreich gelang und der als Kenneth B. Russel mit seiner Familie in Großbritannien lebt(e), berichtet in seiner 2002 vollendeten Autobiographie „Never again“ über die Situation des Geschäftes seiner Eltern nach dem sogenannten „Anschluss“ im März 1938 unter



Warenhaus von Jakob und Male Hindel Rosenthal

der Öffentlichkeit gesehen zu werden, weil es jedem erlaubt war, mit ihnen zu machen, was er wollte. Juden wurden angespuckt, geschlagen und bestohlen und die österreichische Polizei stand nur dabei.“

Nach dem Novemberpogrom 1938 musste Jakob Rosenthal feststellen, dass bei seinem Geschäft sechs Auslagenfenster samt Rollbalken und fünf Straßen-Auslagelampen zertrümmert worden waren. Außerdem seien ihm, wie er der Vermögensverkehrsstelle meldete, am 10. November 1938 eine „Unmenge an Waren“ beschlagnahmt worden. Sein Wochenendhaus hatte die NSDAP Kreisleitung Stadlau bereits im August 1938 beschlagnahmt. Am 3. Dezember 1941 worden Jakob und Male Hindel Rosenthal von Wien nach Riga deportiert.

Über seine Flucht aus Österreich schreibt Kenneth B. Russel: „Rudi studierte an der Universität und er plante, ein Doktor zu werden, doch nach dem ‚Anschluss‘ war ihm nicht mehr erlaubt, sein Studium zu beenden. In dieser Zeit versuchte die ganze jüdische Gemeinde in Wien, Freunde im Ausland zu erreichen, welche ihnen bei einer Emigration helfen konnten. Rudi hatte das Glück, dass seine Verlobte Lydia Verwandte in den USA hatte und emigrieren konnte. Als sie dort war, bemühte sie sich sehr, dass ihre Eltern ein Extravisum für Rudi organisierten, und er durfte Wien legal verlassen. Nach dem Verlassen der höheren Schule steckten mich meine Eltern in die Handelsschule Allina, ein kommerzielles College, für zwei Jahre. [...] Als ich sechzehn wurde nahm ich Tanzstunden, dort traf ich Lotte, die in den nächsten Jahren ein wichtiger Teil meines Lebens wurde. [...] Da Lotte und ich kein Visum für ein anderes Land erhielten, konnten wir auch kein deutsches Ausreisevisum bekommen. Wir wussten, dass wir nur illegal flüchten konnten, und hörten Geschichten über erfolgreiche und manchmal nicht erfolgreiche Grenzüberquerungen, und von Orten, wo dies geschehen konnte. Meine Eltern wussten, dass ich fliehen musste, und gaben uns ihren Segen, Lotte und mir. Meine Mutter gab mir all ihren Schmuck und sagte uns, sie wolle uns bei der Flucht helfen. [...] Wir beschlossen, unser Glück am Weihnachtsabend zu versuchen, in dem Glauben, dass

anderem: „Das Elterngeschäft war verschlossen, sodass wir nicht länger hinein konnten. Antijüdische Parolen waren auf die Rollläden geschmiert. Ein paar Tage später gab es einen Erlass, wonach der jüdische Besitz von Deutschen konfisziert und für Deutschland verwendet werden durfte. Die Geschäfte waren nur noch für Sympathisanten dieser früheren Untergrundbewegung bestimmt und unsere Schlüssel zum Geschäft wurden von einem Nazi eingesammelt. Es war nicht länger sicher für Juden, in

da weniger Wachen Dienst hatten. Uns wurde ein Kontakt in Aachen, an der deutsch-belgischen Grenze, genannt und gesagt, wir sollen in ein Kaffeehaus gehen und nach einer bestimmten Person fragen. Das Kaffeehaus war extrem verraucht. Es war voll mit Leuten und auf einer Wand war ein riesiger Spiegel. Ich ging zur Bar und flüsterte den Kontaktnamen, gleich wurden wir durch eine unsichtbare Tür in der Spiegelwand in einen anderen Raum geführt. Dieser war sehr groß und voll mit jüdischen Leuten, die nach Belgien wollten. Als wir eintraten, riefen alle ‚geht heim‘. Viele von ihnen versuchten schon seit Wochen, über die Grenze zu gelangen, und dachten, unsere Anwesenheit würde ihre Chancen verringern. Ich erinnerte mich an die letzten Worte meiner Mutter ‚kommt nicht zurück‘ und das machte mich sehr zielstrebig. [...] Unsere Gruppe bestand aus zwölf Leuten und drei Führern. Wir nahmen eine Straßenbahn in die Außenbezirke der Stadt und von dort mussten wir in der Nacht losmarschieren. Nach dem halben Weg wurde ich sehr müde und es fiel mir sehr schwer über Zäune zu klettern. Man sagte uns, dass am Ende der Wanderung ein Milchwagen warten, der uns nach Liège bringen würde. [...] Während des Marsches sah ich Fahrzeuge, die aussahen wie Milchwagen. Als es am Ende des Marsches hell wurde, war ich zu erschöpft, in den Wagen zu klettern, und man half mir hinein. Nach einem langen und Nerven raubenden Tag wurden wir in eine Garage gefahren, wo die Türen sich gleich hinter uns schlossen. Zuletzt kamen wir in eine warme belgische Küche, wo wir heiße Getränke und warmes Essen erhielten – wir waren angekommen. Mit unserem letzten Geld kauften Lotte und ich Fahrkarten nach Antwerpen zu einer Adresse, die uns meine Mutter gegeben hatte. Dieser Mann, ein Cousin zweiten Grades, lebte mit seiner Familie in ärmlichen Verhältnissen, doch er half uns mit einem Bett und ein bisschen Essen. [...] Das Erste was wir zu tun hatten, war uns in der jüdischen Gemeinde von Antwerpen registrieren zu lassen. [...] Im Mai 1939 erhielt ich meine Erlaubnis, in England einzureisen. Das Flüchtlingskomitee zahlte für mein Ticket und gab mir ein wenig Taschengeld.“

Quellen:

- Exenberger, Herbert (2009): Gleich dem kleinen Häuflein der Makkabäer. Die jüdische Gemeinde in Simmering 1848-1945. Wien: Mandelbaum.

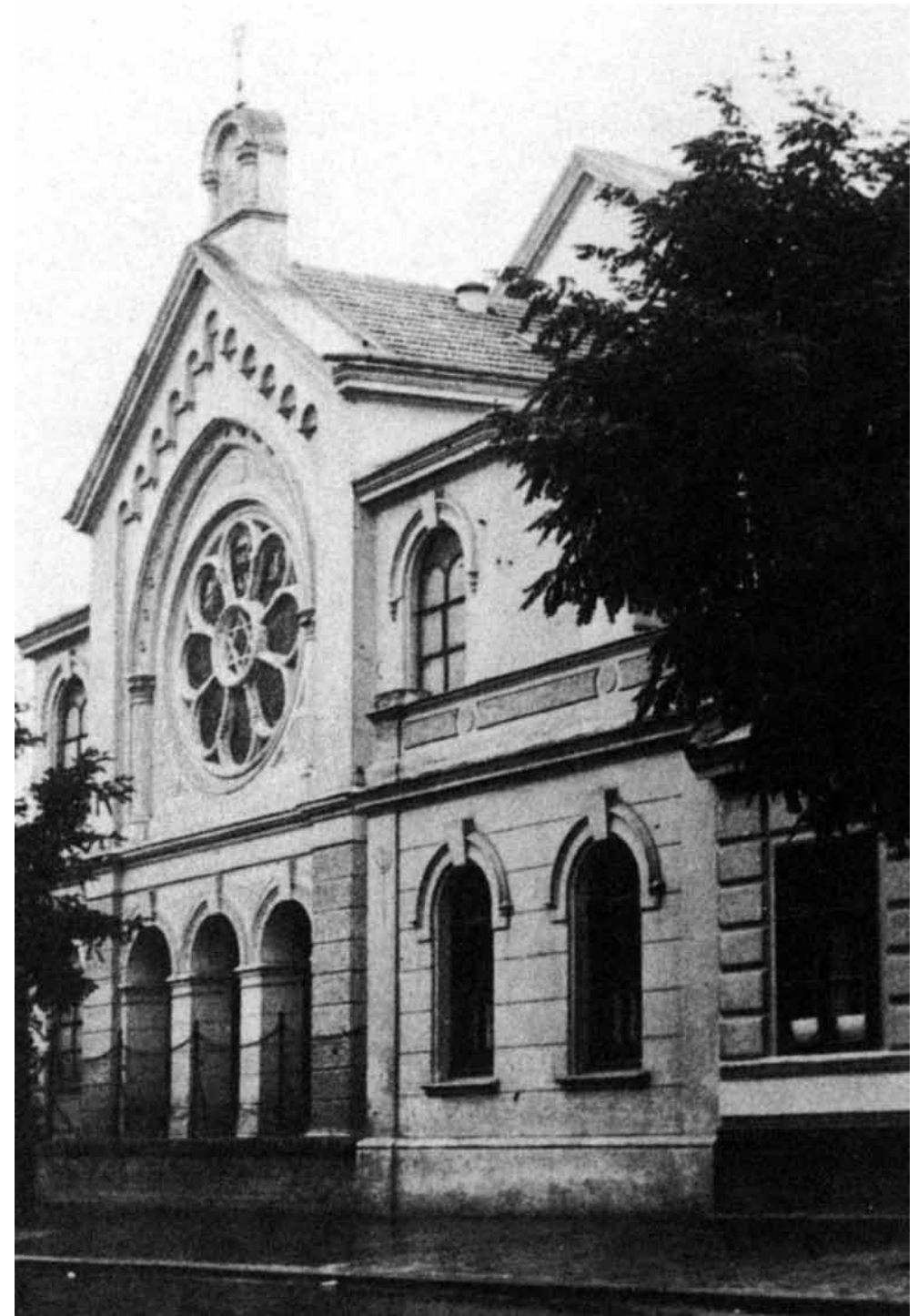
Simmeringer Synagoge – Braunhubergasse 7

Eingeweiht am 24. August 1899 – Zerstört am 10. November 1938

„Gleich dem kleinen Häuflein der Makkabäer, die gegen die ungeheure Übermacht der Syrer durch Einigkeit und Energie die gute Sache zum Siege führten, so wußte der bescheidene Tempelbau-Verein in Simmering (Braunhubergasse 7), durch diese Tugenden allen Hindernissen und sich entgegenthürmenden Schwierigkeiten zum Trotz wahre Wunder in kurzer Zeit zu wirken, um einen zwar kleinen, aber schmucken Monumentalbau, eine Zierde des Bezirkes, zur Ehre des Judenthums zu errichten, [...]“ – berichtete 1899 eine zeitgenössische jüdische Zeitung über diesen Festtag für die kleine jüdische Gemeinde in Simmering, die nun ihre eigene Synagoge erhalten hatte.

Der Errichtung der Simmeringer Synagoge geht jedoch eine lange, von Unstimmigkeiten zwischen den beiden Simmeringer Bethausvereinen sowie der Wiener Kultusgemeinde geprägte, Geschichte voraus. Bereits um 1875 wurde in Simmering ein erster Bethausverein, die „Israelitische Betgenossenschaft“, gegründet und 1882 folgte die Gründung einer eigenen „Chewra Kadischa“, deren Aufgabe es vor allem war, für ihre Mitglieder durch Krankenbesuche, Gebete für Verstorbene und Unterstützung von Witwen und Waisen verstorbener Mitglieder Sorge zu tragen. Konflikte um neue, liberale Ansichten führten zur Spaltung der kleinen jüdischen Gemeinde und im Jahr 1885 wurde ein zweiter Betverein unter dem Namen „Ahawath Re'im“ (Nächstenliebe) gegründet. Auch dieser Verein stellte es sich zur Aufgabe karitative Aktionen, vor allem anlässlich des Chanukka-Festes im Dezember, durchzuführen.

Diese beiden Vereine konkurrierten miteinander bis der Dampfmühlenbesitzer Friedrich Vogel am 24. Dezember 1886 die zirka 50 jüdischen Familien Simmerings in sein Unternehmen in der Dampfmühlgasse 5 einlud und an deren Einigkeit und Solidarität appellierte um der Verschwendung von Ressourcen Einhalt zu gebieten. Die sich bis zu diesem Zeitpunkt befehdenden Gemeindeglieder söhnten sich aus, was einen wichtigen Schritt für die Gründung des „Israelitischen Tempelvereines Simmering“ bedeutete. Die jüdische Wochenzeitung „Österreichische Wochenschrift“ war voll des Lobes über diese Entwicklung: „So wird nun in kürzester Zeit die Konstituierung dieses neuen Vereines, welcher nun der Mittelpunkt der Israeliten Simmerings zu sein berufen ist, stattfinden, und dürfte es keine eitle Hoffnung sein, dass dieser Verein



bald die Rechte einer Kultusgemeinde erlangen, einen Tempel bauen und ein reiches jüdisches Leben entfalten wird.“ Es dauerte jedoch noch bis zum 19. August 1891 ehe die konstituierende Sitzung des „Israelitischen Tempelvereines Simmering“ stattfand.

Der „Israelitische Tempelverein Simmering“ erwarb für die geplante Synagoge zuerst ein Grundstück in der Leberstraße, Ecke Brehmstraße, und gewann den Architekten Heinrich Adam für den Entwurf eines einstöckigen Bethauses. Um den Bauplatz für den neuen Tempel kam es jedoch mit der Wiener Kultusgemeinde zu Meinungsverschiedenheiten und diese knüpfte am 4. September 1898 in einer außerordentlichen Generalversammlung des Simmeringer Tempelvereines die Vergabe einer Subvention für die Errichtung des Tempels an die Bedingung, „dass der Bau auf einem vom Vorstande der Kultusgemeinde als geeignet anzuerkennenden Platz ausgeführt wird“ und betonte, dass die Wiener Kultusgemeinde „nicht die Mittel für einen Luxusbau, sondern nur für ein einfaches, würdiges Bethaus bewilligen“ könne.

Nach langen Finanzdiskussionen und in Anbetracht des desolaten Zustandes des damaligen Vereins-Bethauses in der Simmeringer Hauptstraße kam es schlussendlich zu einer einvernehmlichen Lösung zwischen der Wiener Kultusgemeinde und dem Simmeringer Tempelverein. Ein eigenes Tempelbau-Komitee für den XI. Bezirk sorgte in der Folge für den zügigen Neubau der Synagoge in der Braunhubergasse 7. Am 2. Dezember 1898 erfolgte die Grundsteinlegung und am 24. August 1899, nach einer Rekordbauzeit von nur knapp zehn Monaten, wurde die Synagoge feierlich eingeweiht.

Die vom Architekten Jakob Gartner entworfene Simmeringer Synagoge besaß einen Haupteingang mit drei Portalen in der Braunhubergasse und zwei Nebeneingänge, wovon einer auf die Hugogasse und der zweite auf den Innenhof führte. Sowohl der Haupteingang also auch der Nebeneingang in der Hugogasse waren mit jeweils einer Rosette dekoriert. Die Synagoge besaß einen dreischiffigen Tempelraum und einen Wintertempel, der auch als Sitzungssaal diente. Auf den Emporen der Synagoge fanden 133 Frauen Platz und im Erdgeschoß befanden sich Sitzplätze für 249 Männer.

Während des Novemberpogroms 1938 wurde nicht nur die Synagoge in der Braunhubergasse sondern auch die alte und die neue Zeremonienhalle auf dem Zentralfriedhof zerstört. Der um die Bezirksgeschichte Simmerings bemühte Leopold Swatosch notierte in seinem Bericht über den 10. November 1938: „Nach 8 Uhr früh erhielt ich zu meinem Verkaufsstand am Wiener Zentralfriedhof, III. Tor, die Nachricht, dass der Judentempel in der Braunhubergasse bereits seit 6 Uhr früh im Fackelschein beleuchtet und darinnen Demolierungsarbeiten vor sich gehen.“ In der Schulchronik der Volksschule Braunhubergasse notierte man am 12. November 1938, dass um „11 Uhr 30 die Sprengung des Judentempels“ erfolgte. Die Brandruine des Simmeringer Tempels und das Grundstück eignete sich der „NSDAP Stillhaltekommissär für Vereine, Organisationen und Verbände“ an, der einen Demolierungsplan für die Synagoge anfertigen ließ. In einem Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Simmering vom 15. Dezem-



Auf dem Mahnmal steht:
„Zuerst zerstörten sie die Gebäude, dann töteten sie die Menschen. Hier gegenüber – Braunhubergasse 7 – stand eine 1898/99 nach Plänen des Architekten Jakob Gartner erbaute Synagoge, die in der „Reichskristallnacht“ am 10. November 1938 von den Nationalsozialisten zerstört wurde. Niemals vergessen. Die Simmeringer Bezirksvertretung.“

ber 1938 wurde der Simmeringer Stadtbaumeister Franz Kabelac mit der Abtragung des Tempels beauftragt. In der Folge befand sich das Grundstück im Besitz der nationalsozialistischen „Aufbaufond-Vermögensverwaltungs-Gesellschaft“, von der es am 17. Jänner 1940 der Simmeringer Bauunternehmer Duraz erwarb und einen Lagerplatz für seine Baufirma errichtete.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde am 1. Juli 1952 mit Duraz ein Vergleich geschlossen. Die Israelitische Kultusgemeinde verzichtete auf die Rückstellung, dafür verpflichtete er sich einen Betrag von 35.000,- Schilling in Raten an die IKG zu zahlen. Außerdem durfte die Kultusgemeinde auf dem Grundstück auf Duraz Kosten eine Gedenktafel zur Erinnerung an die 1938 zerstörte Synagoge errichten. Dies geschah jedoch erst 51 Jahre später.

1977 wurde an derselben Stelle, an der bis 1938 die Synagoge gestanden hatte, ein „Mehrfamilienwohnhaus im privaten Eigentum errichtet“. Im Gedenkjahr 1988 bemühte sich die Stadt Wien, auch auf dieser Liegenschaft eine Gedenktafel zu errichten, allerdings gelang dies in der Braunhubergasse nicht. Das Magazin „profil“ berichtete hierzu, „[...] dass als vordergründiges Argument die Angst vor antisemitischen Schmierereien stand. Die Bewohner des Hauses Braunhubergasse machten sich Sorgen um Haftungsfragen und etwaigen Schadenersatz.“

Auch sechs Jahre später, als im 3. und 11. Bezirk eine von der Volkshochschule Simmering und der „LaWie – Gesellschaft für Kunst und Volksbildung“ organisierte zeitgeschichtliche Wanderung stattfand, war es nicht möglich, an diesem Haus eine Gedenktafel anzubringen. Die Polizei warnte die Veranstalter_innen sogar, dass sie mit einer Besitzstörungsklage rechnen müssten, wenn sie auch nur für einen Tag Gedenktafeln an den bedeutsamen historischen Orten anbringen würden. So fuhr ein Pferdewagen mit 17 mobilen Gedenktafeln beladen mit den zeitgeschichtlich interessierten Wanderinnen und Wanderern mit und hielt an den ausgesuchten Orten für eine kurze Gedenk- und Informationsveranstaltung, auch vor dem Hause Braunhubergasse 7.

Am 12. Juni 2002 wurde schließlich in der Bezirksvertretungssitzung einstimmig der Antrag zur Errichtung eines Mahnmals beschlossen und am 9. November 2003 konnte das von Leopold Grausam gestaltete Denkmal in der, dem Standort der ehemaligen Synagoge gegenüberliegenden, Parkanlage der Volksschule Braunhubergasse enthüllt werden.

„Ich versuche immer wieder, meine Denkmäler mit einer tiefen Symbolik auszustatten. Das steinerne Mal zur Erinnerung an die zerstörte Synagoge in Simmering ist eine Stele aus grauem Mauthausener Granit. Dieses Material steht symbolisch für die Massenvernichtungslager der Nationalsozialisten schlechthin, nicht nur für das Konzentrationslager Mauthausen allein. Die Stele ist gebrochen, der obere Teil ist zum Unterbau verschoben. Ursache ist ein eingedrungener Fremdkörper aus schwarzem Granit. [...] Dieser schwarze Stein steht durch sein Glänzen und durch seine Profilierung für Pomp, die Selbstherrlichkeit des damaligen Regimes und die Verführung von Massen. Die Bruchstelle am Profilstück symbolisiert den Niedergang der Naziherrschaft.“ Mit diesen Worten erklärte Leopold Grausam, der auch andere Mahnmale wie z.B. das für die Opfer der Gestapo am Morzinplatz oder das Grabdenkmal für die Februarkämpfer des Jahres 1934 auf dem Wiener Zentralfriedhof gestaltet hat, den Mahnmalentwurf.

Quellen:

- Exenberger, Herbert (2009): Gleich dem kleinen Häuflein der Makkabäer. Die jüdische Gemeinde in Simmering 1848-1945. Wien: Mandelbaum.
- Martin Kukacka. Virtuelle Rekonstruktion der Synagoge in Wien XI, Braunhubergasse 7 von Jakob Gartner. Architekturhistorische Spurensuche zur Rekonstruktion eines historischen Baudenkmals. Diplomarbeit, Wien 2004.



Dieses Foto wurde einige Tage nach dem „Anschluss“ im März 1938 in Österreich aufgenommen

5

Betretungsverbot von Park- und Grünanlagen

11., Braunhuberpark

Am 24. Juni 1938 erging eine Verordnung des Wiener Polizeipräsidenten die Jüdinnen und Juden den Aufenthalt in den meisten Park- und Gartenanlagen (z.B. Schlosspark Schönbrunn, KaiPark, Lainzer Tiergarten, Türkenschanzpark, Stadtpark) verbot. An den wenigen Orten, an denen sie sich aufhalten durften, durften sie nur Bänke benutzen, die gelb gestrichen und mit der Aufschrift „Nur für Juden“ versehen waren. Dabei ging es natürlich nicht darum, Bänke für Jüdinnen und Juden zu reservieren, sondern „Arier“ davor zu „bewahren auf verseuchten Bänken“ zu sitzen. Neben der Einengung der persönlichen Bewegungsfreiheit war diese Segregation Teil der Strategie, Jüdinnen und Juden zu entmenschlichen, indem sie zu „Untermenschen“ gestempelt wurden. Die Betretungsverbote wurden immer weiter ausgedehnt und bezogen sich bald auf alle Grünanlagen. Im Mai 1942 wurden auch Wienerwald, Bisamberg und Freudenu für Jüdinnen und Juden als Ausflugsziele verboten. Als letzte Grünanlage blieben nur mehr die beiden israelitischen Abteilungen des Wiener Zentralfriedhofs, wo sich beim Tor 4 das Gabeland befand.

Der alte und der neue jüdische Friedhof am Zentralfriedhof

Friedhöfen wird im Judentum eine hohe Bedeutung beigemessen. Als „Haus des Lebens“, als „guter Ort“, werden die Gräber nicht aufgelassen, der gesetzte Grabstein bleibt bestehen und die Toten verweilen, in der religiösen Lesart, bis zur Auferstehung in ihrem Grab.

Bis zur Eröffnung des Zentralfriedhofs 1874 gab es keinen interkonfessionellen Friedhof in Wien. Jüdinnen und Juden wurden zuvor vornehmlich am Währinger Friedhof beerdigt, der nach den Reformen Joseph II. 1784 außerhalb des Linienwalls angelegt worden war. Der Beschluss, den Zentralfriedhof zur ersten religionsübergreifenden Begräbnisstätte zu machen, stieß Anfang der 1860er Jahre auf die antisemitische Abwehr der katholischen Zeitgenoss_innen. Empört wurde im Wiener Gemeinderat gegen die Konfessionslosigkeit des Zentralfriedhofs interveniert. Vor allem, dass es der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) genehmigt wurde, eine eigene Abteilung zu betreiben, ließ die agitatorischen Wogen hochgehen. Kurz vor der offiziellen Eröffnung am 01. November 1874 kam es nach Absprache zwischen dem Wiener Kardinal Rauscher, der aufgrund seiner blumigen Reden den Beinamen Plauscher trug, und Bürgermeister Cajetan Felder in einer Nacht und Nebel Aktion, zur katholischen Weihung des Zentralfriedhofs.

In den Jahren zwischen der Eröffnung des Zentralfriedhofs und den ersten Begräbnissen 1879 in der jüdischen Abteilung wurden die Zeremonienhalle und das Tor I durch den Architekten und Baurat Wilhelm Stiassny errichtet. Stiassny entwarf zahlreiche Bauten für jüdischen Gemeinden in der ganzen Donaumonarchie, darunter die Zeremonienhallen der israelitischen Friedhöfe in Znojmo/Znaim und Jihlava/Iglau (beide Tschechien) und in Baden (Niederösterreich).

Trotz der Erweiterungen des jüdischen Friedhofs zwischen 1889 und 1915 musste 1916 eine 250 000m² große Fläche beim Tor IV angekauft werden. Der Währinger Friedhof war 1877 für Neubelegungen geschlossen worden und das Areal am Tor I. reichte nicht mehr aus. Die IKG plante mit diesem neuen Platz für die nächsten 40 Jahre. Bis heute wurden etwa 60 000 Gemeindemitglieder auf dem neuen jüdischen Friedhof bestattet. Auch die während des Nationalsozialismus als „nichtarische Christen“ verfolgte Menschen wurden zwischen 1938 und 1945 hier beerdigt.



Die Zeremonienhalle am neuen jüdischen Friedhof wurde am 9. November 1938 angezündet und zerstört.

Nach dem ersten Weltkrieg verzögerte sich der Bau der zeremoniellen und administrativen Gebäude. Die IKG, die mit der Versorgung von Kriegsoptionen beschäftigt war, verfügte nicht über die finanziellen Mittel und die Unterstützung, die aus dem „Fonds für produktive Arbeitslosenfürsorge“ beantragt wurde, blieb aus.

Mit der Verbreitung antisemitischer Feindbilder wurde in Simmering nicht gespart, so schrieb die „Simmeringer Zeitung, Organ zu Vertretung der Interessen des XI. Wiener Gemeindebezirks“ gegen die Erweiterung des jüdischen Friedhofs 1911: „(...) wie ein Mann dagegen Stellung zu nehmen (...), denn wir haben schon genug von dieser Sorte.“ Für die kleine jüdische Gemeinde Simmerings, bedeutete der Ausbau des Friedhofs hingegen durch die dort tätigen Angestellten einen willkommenen Zuzug. Am 09. September 1928, etwa zehn Jahre vor ihrer Zerstörung, wurde die neue Zeremonienhalle schließlich feierlich eingeweiht.

Novemberpogrom 1938

Während des Novemberpogroms wurden die Zeremonienhallen auf dem alten und neuen jüdischen Friedhof angezündet und zerstört. Zahlreiche Gräber wurden verwüstet. Die Ruine der Zeremonienhalle am Tor I blieb stehen und wurde erst 1978 endgültig geschleift. Heute befindet sich hier eine Rasenfläche.

Die Friedhofsgärtnerin Irene Aloni erlebte die Zerstörungsexzesse im November 1938 auf dem neuen jüdischen Friedhof:



Begräbnis des Sozialpolitikers und Mitbegründers der Demokratischen Partei, Julius Ofner, 1924.

„Sie sind auf ihren Motorrädern hereingekommen, es war ein nieseliger Tag. Wir hatten schon kein Telefon mehr, auch nebenan im Kultusgemeinde-Büro gab es keines, das hatten die Nazis abgezwackt. Wir, eine verwitwete Arbeitskollegin und ich, waren vollkommen allein und hilflos. Die sind also hereingekommen und ich hatte schon gesehen, dass sie Kanister mittragen. (...) Sie sind herein, sie sind in die Zeremonienhalle, haben sie mit Petroleum angezündet, und es hat zu brennen angefangen. Wir haben schon vorher den Rauch gespürt, der in der Luft lag, aber nicht genau gewusst, was

los war in der Stadt. Dann sind sie zu uns gekommen und haben sich gefragt: ‚Was mocht man mit dena Weiber...?‘ Man kann sich vorstellen, in welchem Zustand wir waren; einen Teil unserer Freunde hatten sie ja schon nach Dachau verschleppt. ‚Lass ma’s laufen!‘ hat einer gesagt, und meine Kollegin und ich, wir sind gelaufen, bis zum Schwarzenbergplatz.“

In den Jahren 1941 und 1942 wurden die jüdischen Friedhöfe in Währing, Florisdorf und Simmering enteignet und der Stadt Wien unterstellt. Die zentrale Bedeutung eines Friedhofs macht ermessbar, welche Zwangsmaßnahmen, Drohungen und Einschüchterungen dem „Kaufvertrag“ zwischen der IKG und der Wiener Stadtverwaltung vorangegangen sein müssen. Die Wiener Jüdinnen und Juden wurden ihres Friedhofs am Zentralfriedhof beraubt und mussten dafür noch für „Verwaltungs- und Erhaltungsauslagen des Wiener Zentralfriedhofs“ 60 000 Reichsmark zahlen, die vom „Kauflös“ abgezogen wurden.

Die neue Zeremonienhalle wurde erst am 17. Dezember 1967 eröffnet. Im Eingangsbereich erinnert eine Gedenktafel an die nationalsozialistischen Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager. In einem von vier Farbglasfenstern des Künstlers und Auschwitz-Überlebenden Heinrich Sussmann wird die Reichspogromnacht dargestellt. Der damalige Präsident der IKG, Dr. Ernst Feldsberg beschrieb das Kunstwerk 1968:

„Über einer brennenden Tempelmauer ragt der Zionstern, der zur Erinnerung an den Judenstern der Nazizeit in gelbem Glas gehalten ist. Daneben sieht man eine brennende Thorarolle und einen brennenden Tallith. Das Fenster soll daran erinnern, dass sich der Geist des Judentums als stärker erwiesen habe, als der Ungeist der Vandalen, der Tempel und Friedhofsschänder.“

Das „Grabeland“ auf dem Zentralfriedhof

Franz Werfel, der nach dem „Anschluss“ von einem Auslandsaufenthalt nicht mehr nach Österreich zurückgekehrt war und sich in Südfrankreich niedergelassen hatte, las im Juni 1938 in einer Zeitung, dass Juden und Jüdinnen in Wien der Besuch aller öffentlichen Anlagen und Gärten untersagt wurde. Als Reaktion darauf schrieb er das Gedicht „Der gute Ort zu Wien“.

*Der gute Ort zu Wien
Volksgarten, Stadt und Rathauspark,
Ihr Frühling war noch nie so stark.
Den Juden Wiens ist er verboten.
Ihr einziges Grün wächst bei den Toten.
Zur Stunde da die Stadt erblasst
Vor sonntäglicher Mittagslast,
Drückt es sich scheu in Straßenbahnen
Hinaus zu den halbvergessenen Ahnen.
In Väterzeiten lang verdorrt
Da hieß der Friedhof: ‚Guter Ort‘.
Nun ist, als Schutz vor feigen Horden,
Zum guten Ort er wieder geworden.“
Franz Werfel, 1938*

Die zwei Israelitischen Abteilungen des Zentralfriedhofs (Tor 1 und Tor 4) waren der einzige „Park“, in dem sich Jüdinnen und Juden aufhalten durften. Hermynia zur Mühlen, eine heute außerhalb der Exil- und der Frauenforschung weitgehend vergessene Autorin, schildert das in der Erzählung „Der Ausflug“.

Hinter dem Eingang zum neuen jüdischen Friedhof befand sich die Zeremonienhalle, die während des Novemberpogroms fast zur Gänze zerstört wurde.

„Die freien Flächen und die während des Novemberpogroms nicht zerstörten Gebäudeteile mussten von der Israelitischen Kultusgemeinde neuen Nutzungen zugeführt werden. [...] Mörtel, Ziegel, Betonbruch, Steine und Eisenteile, stille Zeugen des Novemberpogroms 1938, aber auch trockene Äste und Wurzelwerk lagerten auf einer

großen Fläche des neuen jüdischen Friedhofes, ehe unter der Leitung von Josef Bäck die „Gstätten“ geräumt und kultiviert werden konnte.“ (Exenberger S. 299f)

Dieses Areal rechts neben dem Eingang wurde das sogenannte „Grabeland“^[1].

In den folgenden Jahren befand sich dort ein Hachschara – Ausweichquartier^[2], also ein landwirtschaftlicher Umschulungsplatz, der jüdische Jugendliche auf die Ausreise nach Palästina vorbereiten sollte.

Es wurden Paradeiser, Erdäpfel, Kraut, Zwiebel, Karfiol und vieles andere mehr gepflanzt, eine Gemeinschaftsziege gehalten und Heu gemacht. Das dort geerntete Gemüse war für die Wirtschaftsstelle der Israelitischen Kultusgemeinde bitter notwendig, denn nachdem die Fürsorge in Wien darüber geklagt hatte, dass die jüdische Bevölkerung zur Belastung für sie wurde, und endgültig seit der Verordnung vom 19. November 1938, mit der jüdische Hilfsbedürftige aus der öffentlichen Fürsorge ausgeschlossen wurden, war die Israelitische Kultusgemeinde die einzige Anlaufstelle für die in die Armut getriebene jüdische Bevölkerung. Ab 1942 wurden auch regelmäßig Lebensmittelpakete nach Theresienstadt geschickt, z.B. 257 kg Gemüse in 183 Paketen im August 1944.

Die verschiedenen Umschulungskurse der Kultusgemeinde - die ja schon seit Mai 1938 der SS unter Adolf Eichmann unterstand - konnten bis Anfang 1941 fortgeführt werden, dann wurden sie im Zuge der bevorstehenden Deportationen eingestellt und die Einrichtungen der Hachschara in Zwangs-Arbeitslager für jüdische Jugendliche umgewandelt.

Ab Juli 1940 versuchte die Israelitische Kultusgemeinde für Hunderte unbeaufsichtigte Kinder und Jugendliche, die keine Bäder, Park- und Grünanlagen mehr besuchen durften, Sommerkurse zu organisieren. In sogenannten „Grabelandaktionen“ auf dem Zentralfriedhof (4. Tor) wurden die Kinder unter Aufsicht mit „Erbsenlesen, Unkraut-rupfen, Schneckenabsuchen“ und anderer Gartenarbeit beschäftigt.

Der Aufenthalt am Friedhof ermöglichte den Jugendlichen unter den damaligen unmenschlichen Bedingungen auch ein bisschen Freiheit. Vieles wissen wir darüber durch die Zwillinge Ilse und Kurt Mezei und ihre Freunde, die ihren Alltag in Briefen, Postkarten, Fotos und Tagebüchern festgehalten haben. Die Dokumente der Mezeis befinden sich im Jüdischen Museum Wien und im Dokumentationszentrum des österreichischen Widerstandes.

Dieter J. Hecht schreibt über „Jüdische Jugendliche während der Shoah in Wien“:
„Alle Kinder und Jugendlichen, die an der Aktion, die einer Unterorganisation der Friedhofsverwaltung unter der Leitung von Arthur Reichmann unterstellt war, teilnehmen wollten, brauchten eine Genehmigung der Kultusgemeinde. Jugendliche Mitarbeiter der Kultusgemeinde, wie die Zwillinge Mezei, arbeiteten im Sommer und Herbst



Kübelballteam am Zentralfriedhof

fast täglich auf dem Friedhof. Jene, die in anderen Bereichen arbeiten mussten, konnten nur an Sonntagen auf den Friedhof kommen. Neben der Arbeit und der Betreuung der kleineren Kinder hatte der „unkontrollierte“ Aufenthalt in der Natur große Bedeutung. Auch konnten sich hier Beziehungen zwischen Jungen und Mädchen entwickeln.“ (in: Alltag im Holocaust, 2013 S.111)

Aber der Friedhof diente auch bis unmittelbar vor der Befreiung Wiens vom NS-Terror als Sportplatz und als Spielplatz für die wenigen in Wien verbliebenen jüdischen Kinder und Jugendlichen. Die Jugendlichen organisierten zum Beispiel eine Leiter und einen Kübel und spielten „Kübelball“. Dabei musste der Ball aus einem gewissen Abstand in den auf der Leiter stehenden Kübel geworfen werden. (vgl. Herbert Exenberger, 2009 S.301)

Auch Elizabeth W. Trahan beschreibt in ihren Erinnerungen die Tage am Zentralfriedhof: „Von dem Augenblick an, als ich Ilse Mezei kennengelernt hatte, änderte sich das. Sonntag war nun der Friedhofstag. Wer immer Zeit hatte, holte sich den notwendigen Erlaubnisschein für die Straßenbahn in der Kultusgemeinde – Angestellte der Kultusgemeinde hatten ihn automatisch, und ich benötigte ihn nicht, da ich ja keinen Stern trug^[3]. Man traf sich nach dem Mittagessen bei der Straßenbahnlinie 71 und fuhr zum Wiener Zentralfriedhof. „Das vierte Tor, die jüdische Abteilung, wurde unser Landhaus, unsere Sommerfrische. Hier war es grün, es gab Bäume und gleich beim Eingang, noch vor den Grabreihen, war eine große Wiese. Hier konnten wir in der Sonne liegen und Ball spielen. Und es gab keine Warnungen oder Verbote: Das vierte Tor hieß alle Juden willkommen, die lebenden und die toten. Zuerst schien es mir ein wenig gruselig, auf einem Friedhof zu picknicken, zu singen, Karten oder Volleyball zu spielen. Ich staunte darüber, daß Ilse und Kurt, die orthodox waren, auch mitmachten. Dann fiel mir ein, daß die Toten ja kaum gegen unsere Anwesenheit protestieren würden. Wer weiß, vielleicht war ihnen unsere Anwesenheit sogar angenehm? Etwas, das ich nicht erwartet hatte, entstand in mir: Ein Gefühl der Solidarität, der Zugehörigkeit, und ich

fang an, mich auf dem Friedhof zu Hause zu fühlen. Aber wir machten uns auch nützlich. Eigentlich war das sogar der Hauptgrund, warum wir hier waren. In einer Ecke des Friedhofs war von den Mitarbeitern der Kultusgemeinde ein Gemüsegarten angelegt worden, der die Ausspeisung, das Spital und das Waisenhaus versorgte. Jeder Sonntag ohne Regen begann auf dem sogenannten Grabeland, wir stachen um, zupften Unkraut, gossen oder ernteten. Es war teilweise harte Arbeit, aber Kurt und Ilse ließen keinen vom Friedhof gehen, der nicht seinen Teil Arbeit geleistet hatte. Und Dr. F., der den Friedhof verwaltete und überdies Dithas Chef war, verfolgte unsere Feldarbeit, aber auch unsere »Freizeitaktivitäten« mit Argusaugen, und ließ immer wieder anzügliche Bemerkungen fallen, was ihm offensichtlich zweideutiges Vergnügen bereitete. Wir vermieden es, ihm Anlaß für Klatsch zu geben, denn er sorgte dafür, daß alles in der Kultusgemeinde herumerzählt wurde – oftmals recht aufgebauscht. Und wäre es unseren Eltern zu Ohren gekommen, hätte es Schwierigkeiten gegeben. Wie merkwürdig das eigentlich war: Jeder beobachtete den anderen ständig auf vermeintliche Liebschaften, als hätte es keine anderen Probleme gegeben. Wir jedenfalls taten so, und allmählich schien es wirklich der Fall zu sein. Denn einander mit echten oder erfundenen Eroberungen zu necken machte nicht nur Spaß, sondern war auch irgendwie tröstlich.“ (Trahan, 1996 S. 157-158)

Über den Sommer 1944 schreibt sie:

„Die Ausflüge auf den Friedhof waren selten geworden, auch schon vor Einbruch des Winters. Der August 1944 war trüb und feucht und der September auch nicht viel besser. Ich erinnere mich nur an einen Ausflug an einem Sonntag im Oktober, als es plötzlich warm geworden war. Wir waren nicht imstande, Heiterkeit vorzutauschen. Es war zu deprimierend zu sehen, wie klein unsere Gruppe geworden war. Harry und Frieda waren in Theresienstadt, Ischu nach Gott weiß wo deportiert, Trude und Theo aus unserem Gesichtskreis verschwunden.“ (Trahan, 1996. S. 253)

Und Lotte Freiburger erzählt:

„Sehr traurig mussten wir feststellen, dass unsere Gruppe an den Sonntagen immer kleiner wurde. Erst fehlte ein Mitglied der Gruppe und von Zeit zu Zeit immer mehrere. Das bedeutete Deportation ins Ungewisse ... Mit der Zeit wurden die Verfolgungen immer ärger, man traute sich nicht jeden Sonntag hinaus, bis dann leider niemand mehr sich hinaus wagte. Auch die Bombenangriffe wurden intensiver und das 4. Tor hatte Einiges abbekommen.“ (Exenberger, 2009 S.301)

Ilse Mezei, die in der Telefonzentrale in der Seitenstettengasse arbeitet, darf während eines Bombenangriffs am 12. März 1945 als Jüdin nur in den obersten Keller, wird verschüttet und stirbt. Sie wird am 23. März 1945 am Zentralfriedhof beim 4. Tor begraben.

Lotte Freiburger, die bei diesem Bombenangriff mit ihrer Mutter ebenfalls in den Keller des „Ältestenrates“^[4] geflüchtet ist, überlebt, weil ihre Mutter, die keinen Stern tragen muss, sie auffordert, ihren Stern zu verdecken und beide in den tieferen Keller gehen.

Kurt Mezei sucht am 11./12. April 1945 in einem Keller vor den Kampfhandlungen Zuflucht. Wenige Stunden vor der Befreiung durch die Rote Armee am 12. April wurden der 21-jährige Kurt gemeinsam mit acht weiteren Personen von einer SS-Einheit aus dem Keller des Hauses Förstergasse 7 geholt und ermordet.

Elizabeth W. Trahan, 1924 geboren, überlebt als Jüdin, durch einen rumänischen Pass mehr schlecht als recht geschützt, die gesamten Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft in Wien. 1947 wandert sie in die Vereinigten Staaten aus, studiert Literaturwissenschaft und lehrt bis zu ihrer Pensionierung an verschiedenen Universitäten. Danach arbeitet sie als freie Wissenschaftlerin und Schriftstellerin. Sie stirbt am 16. September 2009.

Da Elizabeth Trahan am Stichtag 1938 nicht in Wien war, hat ihr die Republik Österreich finanzielle Entschädigungen verweigert.

Fußnoten:

[1] Bereits im 19. Jahrhundert wurden Armengärten, die vor allem zur Versorgung städtischer Elendsviertel und zur Bekämpfung von Hungersnöten angelegt worden waren, „Grabeland“ genannt. Im 20. Jahrhundert wurde der Begriff hauptsächlich gebraucht, zur Abgrenzung zu Kleingärten, deren Pachtverträge auf längere Zeit geschlossen werden und die auch mit Obstbäumen und Sträuchern bepflanzt werden dürfen, während als Grabeland ein Grundstück bezeichnet wird, das vertraglich nur mit einjährigen Pflanzen bestellt werden darf (BleingG Deutschland), bzw. gegen jederzeitigen Widerruf zur Nutzung überlassen wird (Kleingartengesetz Österreich).

[2] Hachschara (hebräisch „Vorbereitung, Tauglichmachung“)

[3] Als Kind eines rumänischen Staatsbürgers mußte sie keinen Stern tragen.

[4] Der „Ältestenrat“ war die aufgezwungenen Nachfolgeorganisation der Israelitischen Kultusgemeinde Wien.

Quellen:

- Stephanie Taussig liest aus ‚Der Ausflug‘:
http://www.literaturtv.at/literaturhaus_hermynia/videos.php?id=7
- Exenberger, Herbert (2009): Gleich dem kleinen Häuflein der Makkabäer. Die jüdische Gemeinde in Simmering 1848-1945. Wien: Mandelbaum.
- Andrea Löw et al. (Hgg.): Alltag im Holocaust: Jüdisches Leben im Großdeutschen Reich 1941-1945
- Elizabeth W. Trahan: Geisterbeschwörung. Eine jüdische Jugend im Wien der Kriegsjahre. Wien: Picus, 1996

Kündigungen aus Gemeindebauten und Delegation ins Barackenlager Hasenleiten

Gemeindebauten

Um die Jahrhundertwende und vor allem mit dem 1. Weltkrieg herrschte in Wien verheerende Wohnungsnot. Die Wohnungssituation war schon vor dem Krieg von überbelegten Bassenwohnungen (Wasser und WC am Gang), willkürlichen Mieterhöhungen und schrankenlosem Kündigungsrecht (ohne Angabe von Gründen) geprägt. In den überfüllten Mietwohnungen mit spärlichen sanitären Einrichtungen konnten sich Krankheiten wie Tuberkulose schnell verbreiten. Als 1919 die Sozialdemokraten bei den Gemeinderatswahlen die Mehrheit erreichten, hatten sie mit Versorgungsschwierigkeiten, dem Zusammenbruch des Verkehrssystems, Hyperinflation, hoher Arbeitslosigkeit und dem Wohnungsmangel durch den starken Zuzug nach Wien zu kämpfen. Die Strategie der Ära des sogenannten „Roten Wiens“ gegen die Wohnungsnot waren die sozialen Wohnbauprojekte. 1922 beschloss die SDAP (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) die Wohnbausteuer zur Finanzierung von kommunalen Wohnbauten. Bis 1934 (der austrofaschistische Ständestaat beendete das soziale Wohnbauprogramm) wurden in Wien rund 66.000 Wohnungen neu gebaut, in Simmering fanden 2774 Familien in 19 neuen Wohnbauten Platz (z.B. Alfons Petzold-Hof, Friedrich Engels-Hof, Strindberg-Hof etc.). Schon bei der Vergabe war der Antisemitismus deutlich zu spüren: 1927 schreibt die „Zionistische Sektion VI-VIII“, dass nur 0,8% dieser Wohnungen an Jüdinnen und Juden vergeben worden seien, sich jedoch 23,2% für die Wohnungen vorgemerkt hätten.

Kündigungsgrund „Nichtarier“

Mit dem „Anschluss“ 1938 folgte sehr bald eine Kündigungswelle gegen jüdische Mieter*innen in Wiener Gemeindebauten, die Magistratsabteilung 21/1 (Stadtteilplanung und Flächennutzung) wurde mit den „Kündigungen nichtarischer Mieter“ beauftragt. Diese Wohnungen unterlagen nicht den Kündigungsbeschränkungen des Mietengesetzes, da ihre Baubewilligungen erst nach der Einführung des Gesetzes 1917 erteilt worden waren. Die Daten über die Hauptmieter*innen und Mitbewohner*innen (Ehepartner*in, Kinder, Eltern, Schwiegersöhne...) und deren „rassische Einordnung“ („Volljude“, „Halbjude“, „gilt als Jude“, „Gatte Jude“...) waren bereits gesammelt: Die



Kopalgasse 59



Lorystraße 38

erste Erfassung jüdischer Mieter*innen war schon bei der Volksabstimmung am 10. April 1938 über die „Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ durch örtliche NS-Parteidienststellen erfolgt. Am 14. Juni erteilte der NS-Vizebürgermeister und SA-Brigadeführer Thomas Kozich den Auftrag, allen jüdischen Mieter*innen in städtischen Wohnhäusern zu kündigen, was rund 2000 Mietparteien betraf.

„Vizebürgermeister Kozich gab mir heute mündlich den Auftrag, sofort mit der Kündigung der jüdischen Mieter in städtischen Wohnhäusern vorzugehen. Nach Räumung der Wohnungen können die jüdischen Mieter in den städtischen Baracken (XI, Hasenleiten und XIII, Linzerstraße) untergebracht werden. Die freigewordenen Wohnungen der jüdischen Mieter sollen den bisherigen Mietern in den Barackenlagern zugewiesen werden. Da es sich nur um eine vorübergehende Maßnahme handelt, kann auch die weitere Abtragung von Baracken in Hasenleiten bis auf weiteres sistiert werden“ (MA 52, Städtische Wohnhäuserverwaltung).

Die meisten Menschen mussten bis zum 1. August ihre Wohnungen räumen. Zwei Drittel der Betroffenen erhoben direkt Einspruch, der jedoch in den meisten Fällen aufgrund der aussichtslosen juristischen Lage und des Drucks durch NS-Parteistellen oder den übrigen Hausbewohner*innen schnell zurückgezogen wurde. Auch andere Versuche, die Kündigung aufzuhalten, schlugen in den meisten Fällen fehl. So ließen sich beispielsweise Ehepaare in sogenannter „Mischehe“ scheiden, damit der*die „arische“ Ehepartner*in die Wohnung behalten könne. Kriegsinvaliden argumentierten ihre Loyalität zum „Vaterland“ durch ihren Einsatz im 1. Weltkrieg, Kranke und Arme berichteten über die drohende Obdachlosigkeit – ohne Erfolg. In Simmering wurden im Sommer 1938 20 Mieter*innen und ihre Familien aus Gemeindebauwohnungen vertrieben [siehe Biographie zur Familie Feuchtbaum]. Die freigewordenen Wohnungen sollten die ärgste Wohnungsnot schnell beseitigen und auch an Parteigenoss*innen weitergegeben werden. Viele der gekündigten Mieter*innen und deren Familien wurden in die Barackenlager Hasenleiten oder Baumgarten umgesiedelt. Einige veran-



Lorystraße 40



Strindberggasse 1

lasste die hoffnungslose Situation ihrer Familien sogar, selbst um die Zuweisung einer Barackenwohnung zu bitten.

Barackenlager als Alternative

Die Spur des Holocaust führte nicht direkt von den Wohnungskündigungen zu den Gaskammern, sondern über Umwege. Den gekündigten Mieter*innen musste zunächst eine Alternative zur Verfügung gestellt werden, eine provisorische Bleibe. Hierfür boten sich vor allem zwei Lazarette aus dem Ersten Weltkrieg an, die die Zeit überdauert hatten. Das Barackenlager Baumgarten (heute befindet sich dort der Hugo Breitner Hof) in der Linzerstraße und das ehemalige Kriegsspital Simmering, auf dem Areal zwischen Staatsbahndamm, Hasenleitengasse und Wiener Neustädter Kanal.

Die Umsiedlungsspirale begann sich zu drehen: Große „arisierte“ Wohnungen waren wichtigen NS-Parteigänger*innen vorbehalten, während einige ehemalige „arische“ Barackenbewohner*innen jüdische Gemeindefamilien bekamen. Stufe für Stufe kletterten so die einen auf der sozialen Leiter nach oben, während die Ausgegrenzten Schritt für Schritt alles verloren.

Quellen:

- Exenberger, Herbert/ Koß, Johann/ Ungar-Klein, Brigitte (1996): Kündigungsgrund Nichtarier. Die Vertreibung jüdischer Mieter aus den Wiener Gemeindebauten in den Jahren 1938-1939. Wien: Picus Verlag.
- Exenberger, Herbert (2009): Gleich dem kleinen Häuflein der Makkabäer. Die jüdische Gemeinde in Simmering 1848-1945. Wien: Mandelbaum.
- Havelka, Hans (1983): Simmering. Geschichte des 11. Wiener Gemeindebezirks und seiner alten Orte. Hg: Felix Czeike. Unter Mitarbeit von Herbert Exenberger. Wien/München: Jugend und Volk Verlag. Diplomarbeit, Wien 2004.

6

Anschel (Adolf), Ryfka und Toska Feuchtbaum

Ehamgasse 8, Simmeringer Hauptstraße 68

Einen großen Bekanntheitsgrad unter der Simmeringer Bevölkerung hatte der am 14. April 1894 in Moscika, Galizien geborene Fotograf Anschel (Adolf) Feuchtbaum. Nach seiner Lehrzeit und Ausbildung zum Fotografen in Przemyśl und Wien übersiedelte er nach Simmering. Am 27. Mai 1919 meldete die städtische Steueramtsabteilung für den XI. Bezirk die erfolgte Steueranmeldung für das fotografische Atelier von Anschel Feuchtbaum mit Betriebs- und Wohnort in der Simmeringer Hauptstraße 68.

Neben seiner beruflichen Tätigkeit widmete Anschel Feuchtbaum seine Freizeit teilweise Simmeringer Vereinen, etwa als Abwehrreferent der Ortsgruppe Simmering des „Bundes jüdischer Frontsoldaten Österreichs“ oder dem Fußballverein „Erster Simmeringer Sportklub“.

Mit seiner Frau Ryfka, geboren am 17. Dezember 1892, und Tochter Toska, geboren am 8. April 1935, lebte er zunächst in einer kleinen Wohnung in der Strindberggasse 2. Später zogen sie in den „Friedrich-Engels-Hof“ in die Ehamgasse 8. Über die kleine Toska schrieb der frühere Nachbar Alfred Lane (vormals Löwy) 1999 an Herbert Exenberger: „Erst knapp (vielleicht ein Jahr) vor Hitlers Einmarsch, bekamen sie eine größere Wohnung wegen des Kindes. Die kleine Toska war oft bei uns, da die Mutter sehr beschäftigt war. Sie war der Liebling aller, die sie kannten, und ich habe zahlreiche Fotos von ihr. Sie war ein ungewöhnlich kluges Kind.“

Nach dem sogenannten „Anschluss“ im März 1938 musste Anschel Feuchtbaum mit anderen jüdischen Leidensgenossen eine Planke in Simmering von antinazistischen Parolen „reinigen“. Ein Foto davon fand sogar den Weg in ein Archiv einer Kärntner Ortsgruppe der NSDAP. Auf seiner Vorderseite befindet sich der handschriftliche Vermerk „Original-Palästina-Putzschaar [sic]“.

Leopoldine Hauptmann schrieb in ihrem autobiografischen Manuskript über die „Reibepartien“ im 11. Bezirk: „Simmering zeigte sich, veranstaltet von besonders eifrigen Nazis, von der bösesten Seite. Ich kam gerade dazu, wie sie auf der [Simmeringer] Hauptstraße bei der Hauffgasse etliche jüdische Geschäftleute, darunter den sehr ge-



achteten und netten Fotografen Feuchtbaum, auf der Straße kniend mit einer Bürste das Pflaster reinigen ließen. Das geschah unter Gejohle und wüsten Drohungen wie: ‚Du Saujud, jetzt geht es dir an den Kragen!‘ Ich war entsetzt, dass es Menschen gibt, die so grausam, gemein und brutal sein konnten. Dabei waren es ja lauter arme Teufel. Aber jetzt glaubten sie, die Macht zu haben und andere unterdrücken zu dürfen. Man hat ihnen eingeredet, dass an allem ‚der Jud‘ schuld sei. An dem Tag kam der Faschismus in seiner ganzen Grausamkeit zum Vorschein. Für mich war es ein entsetzliches Erlebnis. Mir taten die armen, stets anständig gewesenen Juden so leid.“

Am 24. Mai 1938 langte in allen Wiener Polizeikommissariaten ein Schnellbrief der Gestapoleitstelle Wien ein mit der Aufforderung, „unverzüglich unliebsame, insbesondere kriminell vorbelastete Juden festzunehmen und in das Konzentrationslager Dachau zu überführen.“ Polizisten des Bezirkspolizeikommissariates Simmering in der Krausegasse kamen dieser Aufforderung prompt nach, füllten die beiliegenden Vernehmungsvordrucke sorgfältig aus und überstellten die Festgenommenen weisungsgemäß in den im Schulgebäude Karajangasse in der Brigittenau eingerichteten Notarrest.

Unter den vorgeblich „insbesondere kriminell vorbelastete[n] Juden“ befanden sich bekannte und angesehene Bürger, die der Willkür der Nationalsozialist_innen ausgesetzt waren, darunter insbesondere Funktionäre des „Bundes jüdischer Frontsoldaten Österreichs“. Diese jüdischen Soldaten des Ersten Weltkrieges dürften sich den besonderen Hass der Simmeringer Nationalsozialist_innen zugezogen haben. So wurde auch Ansel Feuchtbaum mit fünfzehn weiteren Simmeringer Juden am 31. Mai 1938 im Konzentrationslager Dachau registriert.

In der Zwischenzeit hatte es der Ortsgruppenleiter, der Simmeringer NSDAP, Herder, besonders eilig, die Gemeindeführung der Familie Feuchtbaum einem „Volksgenossen“ zu übergeben. Er schrieb deshalb bereits am 8. Juni 1938 – noch vor der offiziellen Vertreibung jüdischer Mieter_innen aus Gemeindeführungen – an das Sekretariat des NSDAP-Vizebürgermeisters Thomas Kozich: „Gefertigte Ortsgruppenleitung ersucht um Kündigung des Juden Duschner [...] und des Juden Feuchtbaum Ansel, XI., Ehamgasse 8/5, nachdem wir die Wohnung (!) für die Volksgenossen Ziegler Rudolf [...] und Prikrill Franz [...] dringend benötigen. [...] Wir rechnen damit, dass das geschätzte Amt die Dringlichkeit unseres Ansuchens erkennt, und zu diesem Zwecke die vier Kündigungen durchführt, dabei aber die letztgenannten Volksgenossen die Wohnungen der beiden Juden bekommen. Es muss bemerkt werden, dass einer der beiden Juden, der Feuchtbaum, ohnehin schon seit 28. v. M. in Haft ist.“

Zur Kündigung der Feuchtbaums fällt das Bezirksgericht Favoriten am 12. Juli 1938 folgenden Beschluss: „Der Antrag der klagenden Partei wird abgewiesen, da die Kündigung gar nicht zugestellt werden konnte, daher auch nicht rechtskräftig ist.“ Dennoch mussten Ryfka und Toska Feuchtbaums am 3. August 1938 ihre Gemeindeführung verlassen. Bis sie eine neue Unterkunft in der Leopoldstadt fanden, wohnten sie in ihrem Geschäft.

Während des Novemberpogroms am 10. November 1938 kam es auch im Fotoatelier Feuchtbaum in der Simmeringer Hauptstraße 68 zu „Beschlagnahmungen“. Nach Angabe von Ryfka Feuchtbaum nahmen die Simmeringer SA Männer Venus und Hatterer 1.400 Reichsmark und Schmuckstücke – einen Damenbrillantenring, einen Herrenbrillantenring, eine Brillantenbrosche, eine goldene Herrenarmbanduhr, eine goldene Damenarmbanduhr, ein Goldarmband, einen Goldring ohne Stein, einen Ehering, einen Siegelring, ein Paar goldene Manschettenknöpfe, drei Kinderketteln (zwei aus Gold, eines aus Silber) –, die sie dem SA Mann Steiner übergaben. Ryfka Feuchtbaums Ersuchen um eine Bestätigung der „beschlagnahmten“ Gegenstände von der NSDAP Ortsgruppenleitung Hirschengrund wurde abgewiesen. Auch die Geheime Staatspolizei (Gestapo), Staatspolizeistelle Wien, konnte den Sachverhalt nicht aufklären. Nach diversen Korrespondenzen mit dem „Abwickler“ Rudolf Paschek und den zuständigen Abteilungen der NSDAP schrieb die Gestapo am 26. März 1940 an die Abwicklungsstelle des NS-Vermögensverkehrsstelle: „Die eingehend geführten Ermittlungen nach dem Verbleib der sichergestellten Geld- und Sachwerte sind ergebnislos verlaufen.“

Die SS überstellte Ansel Feuchtbaum von Dachau in das KZ Buchenwald, wo er die Häftlingsnummer 8042 erhielt. Am 9./10. Jänner 1939 wurde er aus dem KZ Buchenwald wieder entlassen. Er flüchtete nach Frankreich und bemühte sich vergebens seine Familie zu sich zu holen. Ryfka und Toska Feuchtbaum wurden am 12. Mai 1942 mit einem Deportationstransport vom Aspangbahnhof nach Izbica gebracht, und ermordet. Erhalten geblieben sind ein paar kleine Zeichnungen und wenige Zeilen auf Postkarten von Toska für ihre Verwandten in Schweden und Frankreich sowie ein gemeinsames Foto, das wahrscheinlich kurz vor ihrer Deportation aufgenommen wurde.



Am 1. Mai 1941 hoffte Ryfka Feuchtbaum noch, dass endlich auch für sie Affidavits (Bürgschaftserklärung für die Einreise in Überseeländer) unterwegs seien. „Hoffentlich kommt für uns auch einmal die Zeit der Abreise, wie schön wäre es, wenn wir endlich vereint sein würden.“ Toska fügte in Blockschrift hinzu: „Liebe Tante und Onkel! Schicke 2000 Bussi und der lieben Omama und Opapa geht es gut sie sind sehr brav! Tossi.“ Am 22. Februar 1942 tröstete Ryfka Feuchtbaum ihre Nichte Lotte: „Bitte Lottchen, sei nicht traurig und schau auf dich. Ich möchte dich so gern erfreuen. Tante Sabine erkundigt sich sehr oft nach dir.“ Hier fügte Toska „viele Bussi“ hinzu.

Anschel Feuchtbaum kehrte nach dem Zweiten Weltkrieg nach Wien zurück und wohnte zunächst im 9. Bezirk bis er 1950 in den Gemeindebau „Florian Hedorfer-Hof“, Simmeringer Hauptstrasse 76, zog. Hier übte er auch wieder sein Fotografiegewerbe aus bis er 1955 ein Gassenlokal in der Gottschalkgasse 17 im Gemeindebau „Alfred Wunsch-Hof“ beziehen konnte. Anschel Feuchtbaum starb am 23. Oktober 1965 und wurde auf dem neuen jüdischen Friedhof am Zentralfriedhof beerdigt – Tor IV / 3-20-24.

Seit dem 13. November 2014 erinnert der Toskaweg, auf den ehemaligen Mautner-Markhof-Gründen, stellvertretend für Millionen Kinder und für alle Simmeringer_innen, die vom NS-Regime ihrer Freiheit beraubt, deportiert und ermordet wurden, an Toska Feuchtbaum.

Quellen:

- Exenberger, Herbert (2009): Gleich dem kleinen Häuflein der Makkabäer. Die jüdische Gemeinde in Simmering 1848-1945. Wien: Mandelbaum.

“Ich habe zu denen gehört, deren Rückkehr unerwünscht gewesen ist.”

Rosa Jochmann, geboren 1901 in Wien, Fabrikarbeiterin. In den 1920er Jahren in der Gewerkschaftsbewegung tätig. Mitglied des Frauenkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, nach dem Parteiverbot Mitglied des Zentralkomitees der Revolutionären Sozialisten. 1934-1938 über ein Jahr in Haft. August 1939 im Zuge einer Verhaftungsaktion gegen „polizeibekannt“ Revolutionäre SozialistInnen festgenommen, nach zwei Tagen freigelassen, Ablehnung der Emigration. 22.8.1939-1940 Polizeihäftin in Wien, anschließend 21.3.1940 Überstellung ins KZ Ravensbrück, wo sie die Befreiung erlebte.

1945-1967 Abgeordnete zum Nationalrat, 1959-1967 stellvertretende Bundespartei-vorsitzende der SPÖ, Vorsitzende (ab 1992 Ehrenvorsitzende) des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer. Vorstandsmitglied und Vizepräsidentin des DÖW.

Verstorben 1994. Heute erinnert der 2013 umbenannte Rosa-Jochmann-Hof, Simmeringer Hauptstraße 142-150, im 11. Bezirk an die Widerstandskämpferin und Frauenrechtlerin

Ich bin eine stolze Proletarierin

„Ich bin am 19. Juli 1901 in der Brigittenau geboren und in der Brigittakirche getauft worden. [Rosa Jochmanns Familie übersiedelte aber bald nach ihrer Geburt nach Simmering, Anmk.] Meine Mutter war sehr fromm und sehr katholisch, mein Vater war Sozialdemokrat, und die Kinder haben mir schon immer nachgerufen: ‚Dein Vater ist ein roter Hund!‘ Meine Mutter habe ich einmal gefragt: ‚Wieso ist unser Vater ein roter Hund? Er ist weder ein Hund, noch ist er rot.‘ Die Mutter hat gesagt: ‚Ja, der Vater, der will die reichen Leute nicht. Aber wenn die reichen Leute nicht wären, dann hätten die Armen nichts zu essen.‘

Das hat mir damals, wie ich noch ein Kind war, eingeleuchtet, aber später bin ich draufgekommen, dass es eigentlich umgekehrt richtiger ist. Wenn die armen Leute nicht wären, dann hätten die Reichen nichts zu essen. Wir sind aus einer sehr armen

Familie, wir waren sechs Kinder, und später – meine Mutter ist schon mit 41 Jahren gestorben, und zwar im Jahr 1914 – haben mir die Leute erzählt, dass meine sehr katholische Mutter trotzdem einige Male bei den berühmten Frauen gewesen ist, weil einen Arzt konnte sie sich nicht leisten. Es stimmt einfach nicht mit dem “Wem Gott ein Häschen gibt, dem gibt er auch ein Gräschen”. Das hat meine katholische Mutter auch gewusst, und so hat sie doch manches Mal zu einer solchen Frau gehen müssen. Zwei der sechs Kinder sind sehr bald gestorben. Aber wir hatten immer zwei Bettgeher. Und zwar war das so: Wir haben Zimmer und Küche gehabt, später dann ein ganz kleines Kabinett in der Grillgasse in Simmering. Wir, d. h. meine liebe Mutter, haben die Wohnung nicht gesucht nach dem Grundsatz Licht, Luft und Sonne, sondern: Wenn 's um eine Krone billiger war, dann war das die Wohnung für uns. Denn für eine Krone musste meine Mutter in den Waschküchen der reichen Leute einen Tag arbeiten. Und eine Krone hat zwei Laib Brot bedeutet.

Ich habe mich sehr gefreut auf die Schule, und eigentlich war es für mich irgendwie ein Hort, denn wir waren Schlüsselkinder. Unsere Mutter ist in der Früh weggegangen, der Vater ist in die Arbeit gegangen (er war Eisengießer) und wir waren der Straße überlassen. Die Mutter hat uns einen Topf Malzkaffee ins Herdrohr gestellt und jedem ein Stück Brot, das war unser Essen für den ganzen Tag. Am Abend sind wir bei der Straßenbahn gestanden und haben immer gehofft, in der Straßenbahn wird die Mutter sein, in der wird sie sein, bis sie dann schließlich gekommen ist und uns eine Suppe gekocht hat. Es war eine sehr armselige Kindheit und trotzdem – muss ich sagen rückblickend, deshalb weil es gute, primitive Eltern waren, meine Mutter hat keine Ahnung von Beethoven und Goethe gehabt, auch mein Vater nicht -, trotzdem hatten sie so eine menschliche Wärme und sehr klug waren sie beide trotzdem, man muss ja nicht sehr gebildet sein, man kann trotzdem gescheit sein, meine Eltern waren es, die haben uns viele Regeln für das weitere Leben gegeben.

Ich bin gern in die Schule gegangen, und ich habe das Glück gehabt, dass ich lauter gute Lehrerinnen und Lehrer hatte... Ich habe zwei böhmische Katecheten gehabt, den Herrn Novak und den Herrn Pospisil, und die zwei waren direkt verliebt in mich (...). Sie haben mich heiß und innig geliebt, ich war für sie ein Stück Heimat, weil ich eben Böhmisches konnte – wir haben zu Hause vor allem Tschechisch geredet. Mein Vater hat in Wirklichkeit nie Deutsch gelernt. Meine Mutter hat perfekt Deutsch gesprochen, so Deutsch gesprochen, wie ich es nie kann, und perfekt Tschechisch, aber mein Vater hat 's nie gelernt. Über meinen lieben Vater schreibe ich schon lange ein Buch, weil er war köstlich, wenn er versuchte, Deutsch zu sprechen, und nicht nur gescheit. Mein Vater hat mich seltsamerweise, obwohl mein Bruder um vier Jahre älter war, zu den Versammlungen mitgenommen. Da gibt's noch heute dieses Wirtshaus Schwagerka in Simmering, da hatten die tschechischen Sozialdemokraten ihre Versammlungen. Und wenn sie mit der Rede dessen, der vorgetragen hat, einverstanden waren (das habe ich natürlich alles verstanden, freilich habe ich nicht genau gewusst, was es bedeutet), dann haben sie alle gerufen: „Je do tak tak do je!“ Das heißt: So ist es, es ist so. Die sagen nicht: Stimmt oder Bravo usw., sondern die Böhmen sagen Je



Rosa Jochmann, 1983

straÙe, weil meine Freundinnen gesagt haben: ‚Geh zum Zuckerl-Schmidt, weil dort kannst‘ – es war ja schon der Krieg, das Fünfzehnerjahr -, ‚weil dort kannst Schokolade und alles Mögliche essen, Marzipan und Keks und so.‘ Aber wie ich hingegangen bin – ich war noch nicht 14 Jahre und noch nicht so fett wie heute, sondern klein und mager -, habe ich den Portier, von dem ich glaubte, er sei der Generaldirektor in seiner Uniform, angesprochen: ‚Herr Generaldirektor, ich muss arbeiten gehen, ich möchte bitten, dass ich anfangen darf.‘ Da hat er gesagt: ‚Du schaust ganz ordentlich aus, ja, du kannst anfangen.‘ Aber ich bin nicht zu den Zuckerln gekommen, sondern in die Senfabteilung. Ich habe trotzdem Marzipan und Zuckerln und alles Mögliche gekriegt, weil das Tauschgeschäft zwischen den Abteilungen florierte damals, und ich hoffe, es floriert auch heute noch.

(...) Ich war eine Hilfsarbeiterin. Ich sage aber jetzt nicht: nur eine Hilfsarbeiterin, weil ich bin ja eine – es gibt einen Stolz der Adligen -, ich bin eine stolze Proletarierin, bin immer stolz darauf, dass ich Hilfsarbeiterin gewesen bin. Denn ich glaube nicht, dass es eine solche Solidarität und Verbundenheit, ich weiß nicht, ob es das heute noch gibt, unter den Höherstehenden gibt, wie sie es unter den Arbeitern gegeben hat.“

Quellen:

- DÖW:

<http://www.doew.at/erinnern/biographien/erzaehlte-geschichte/erste-republik/rosa-jochmann-ich-bin-eine-stolze-proletarierin>

<http://www.doew.at/erinnern/biographien/erzaehlte-geschichte/nach-kriegsende/rosa-jochmann-wegen-der-hoffnung/rosa-jochmann-hof#>

„Als Jude ausgeschult...“

Ausschluss von jüdischen Schüler_innen und Lehrer_innen
Realschule und Realgymnasium Gottschalkgasse 21

Während des Novemberpogroms waren in der Schule in der Gottschalkgasse 21 bereits keine jüdischen Schüler_innen und Lehrer_innen mehr. Schon am 18. März 1938, wenige Tage nach dem sogenannten Anschluss Österreichs, wurde der erste Lehrer, der jüdische Französisch- und Deutschlehrer Norman Linker aus dem Dienst entlassen. Ein ehemaliger Schüler erinnert sich an seinen Lehrer:

„Er war auch einer, den wir sehr mochten. Eher klein, lebendig, mit flinken, lachenden Augen, personifizierter Esprit. Ihm verdanken wir den ‚Schüler Gerber‘, den ‚grünen Kakadu‘, den Tartarin de Tarascon, den Francois Villon bis hin zu Romain Rolland. Er hielt öfters abends in einer Volkshochschule eine Lesung. Meist gingen wir hin, nicht um uns bei ihm ‚einzuweinberln‘, sondern einfach weil uns das Wort, und wie er es brachte, Vergnügen machte.“

Am Tag nach der Entlassung von Norman Linker wurden die „arischen“ Lehrkräfte vereidigt. Zuständig für den Ausschluss jüdischer Lehrer_innen war der Wiener Stadtschulrat. Bis Juli 1938 wurden in ganz Wien 183 Lehrer_innen, die nach den „Nürnberger Rassengesetzen“ als jüdisch galten, entlassen.

Am 25. März 1938 lieferte die Direktion des Simmeringer Gymnasiums dem Stadtschulrat ihre statistische Erhebung der „Schüler nach Konfession (Rasse)“ ab, worin sie acht jüdische Schüler_innen anführte und sechs als „mutmaßlich jüdisch“ einstufte. Damit waren Schüler_innen gemeint, die christlich oder konfessionslos waren, aber nach den „Nürnberger Rassengesetzen“ möglicherweise als jüdisch galten. Am 27. April kündigte der Völkische Beobachter einen Erlass des Wiener Stadtschulrats über den Ausschluss jüdischer Schüler_innen aus Mittelschulen und Gymnasien an. Bereits am folgenden Tag mussten diese ihre Schulen verlassen. Im Mai folgte dann der Ausschluss von jüdischen Kindern und Jugendlichen aus Volks-, Haupt- und Fortbildungsschulen.

Oft waren jüdische Eltern schon vorher gezwungen ihre Kinder aus der Schule zu nehmen, weil sie sich aufgrund von Kündigungen und sogenannten Arisierungen den

Schulbesuch nicht mehr leisten konnten. So erging es auch dem jüdischen Schuhmachschinenteur Hans Tuschak, dessen Tochter die 6. Klasse des Realgymnasiums Gottschalkgasse besuchte. Er schrieb in einem Brief an die Direktion der Schule:

„An die löbl. Direktion der Bundesrealschule für den XI Bez., Wien XI, Gottschalkg. 21. Mit Gegenwärtigem ersuche ich um Entlassung meiner Tochter Magdalena Tuschak, Schülerin der VI. Rg. aus der Schule, da sich meine wirtschaftliche Lage derart verschlechtert hat, dass ich außer Stande bin, Schulgeld und Lehrmittel zu bezahlen. Die aus der Schülerlade entliehenen Bücher werde ich, sobald der Unterricht stattfindet, dankend rückerstatten. Hochachtungsvoll, Hans Tuschak“

Am 24. September 1942 wurde Magdalena Tuschak nach Theresienstadt und von dort am 5. Oktober 1943 nach Auschwitz deportiert. In Auschwitz wurde sie ermordet.

Auchg sahen sich aufgrund der steigenden Diskriminierung bereits vor dem offiziellen Ausschluss Ende April 1938 mehrere jüdische Schüler_innen gezwungen, die Schule in der Gottschalkgasse 21 zu verlassen. So kam es, dass in der gesamten Schule nur noch sieben Schüler_innen von der sogenannten Ausschulung betroffen waren. Ein Schüler der 8. Klasse erinnert sich an den Tag, als der Klassenvorstand vor die Klasse trat und verkündete:

„Die Juden Bachus, Flesch, Attler und Marian haben es bereits vorgezogen, der Schule fernzubleiben. Die Schüler Blum, Schick, und die Schülerin Stella K. werden hiermit aufgefordert, die Schule ab sofort und für immer zu verlassen. Als Nichtarier haben sie sofort kein Recht, ihr Studium fortzusetzen, geschweige denn an einer deutschen Oberschule zu maturieren!“

Von vielen dieser Schüler_innen ist das weitere Schicksal nicht bekannt. Von Leopold Flesch wissen wir, dass er als Mitglied der jüdisch-sozialistischen Jugendorganisation Haschomer Hazair gemeinsam mit mehr als 1200 Juden und Jüdinnen versuchte, von Bratislava aus mit Donauschiffen nach Palästina zu gelangen. Zu Silvester 1939 wurden sie im serbischen Donauhafen Kladovo aufgegriffen, von wo sie später in das KZ Sabac deportiert wurden. Am 12. und 13. Oktober 1941 wurden alle jüdischen Männer, unter ihnen auch Leopold Flesch, von deutschen Wehrmachtsangehörigen in Zaslavica als sogenannte Sühnemaßnahme für einen Partisanenüberfall ermordet.

Im September 1938 wurden per „Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums“ auch alle Lehrer_innen entlassen, die, wie es in der Verordnung hieß: „Juden oder jüdische Mischlinge sind, oder deren Ehegatten Juden oder Mischlinge 1. Grades sind.“ Der Direktor der Schule in der Gottschalkgasse, Richard Weichert, entließ daraufhin sofort den Lateinlehrer Walter Jaffé und Leo Kasper, der Naturgeschichte, Naturlehre und Geographie unterrichtete und mit einer Jüdin verheiratet war.

Während Juden und Jüdinnen, die das vierzehnte Lebensjahr vollendet hatten, höhere Schulbildung verboten wurde, wurden für Volks- und Hauptschüler_innen gesonderte sogenannte Judenschulen eingerichtet. In Schulen mit einem hohen jüdischen Anteil wurden jüdische Klassen eingerichtet. Gab es wenige jüdische Kinder, mussten diese in "Judenschulen" bzw. in jüdische Klassen anderer Schulen wechseln. So gab es ab dem 16. Mai 1938 zwölf bezirksübergreifende Volks- und Hauptschulen für Juden und Jüdinnen. In Simmering gab es in der Eslargasse 23 eine Volksschule, in die Kinder aus den Bezirken 3., 4., 10. und 11. gehen mussten. Die jüdischen Hauptschüler_innen aus Simmering mussten im 3. Bezirk zur Schule gehen.

Die Einrichtung eigener Schulen und Klassen ging mit einer Verschlechterung der Unterrichtsbedingungen einher. Die Klassenschüler_innenzahl war höher, häufig waren die Schüler_innen der Willkür antisemitischer Lehrer_innen ausgesetzt. Jüdisches Lehrpersonal wechselte häufig und oft entfiel der Unterricht überhaupt, weil Lehrer_innen nach Möglichkeit ins Ausland flüchteten. Dies traf natürlich auch auf die Schüler_innen zu, sodass in den überfüllten Klassen eine stete Fluktuation herrschte. Durch die Einrichtung der bezirksübergreifenden „Judenschulen“ verlängerten sich die Schulwege erheblich. Jüdische Schüler_innen wurden auf ihrem Schulweg immer wieder beschimpft oder tätlich angegriffen, deshalb wagten es viele Eltern nicht, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Das führte bereits im Laufe des Jahres 1938 zu einer raschen Verringerung der Zahl jüdischer Schüler_innen. Im Schuljahr 1937/38 gab es laut einem Bericht der IKG 15.383 jüdische Schüler_innen in Wien, im Dezember 1938 waren es nur mehr 6.612.

Mehrere Maßnahmen zur Diskriminierung und Stigmatisierung der jüdischen Schüler_innen und Lehrer_innen folgten im Laufe des Jahres 1938 aufeinander und schufen eine Situation, in der die jüdische Bevölkerung Simmerings bereits vor dem Novemberpogrom aus wichtigen gesellschaftlichen Bereichen ausgeschlossen war.

Quellen:

- Exenberger, Herbert: Gleich dem kleinen Häuflein der Makkabäer. Die jüdische Gemeinde in Simmering 1848-1945. Mandelbaum 2009: Wien, 270-277.
- Zentrale Datenbank der Namen der Holocaustopfer: db.yadvashem.org
- Hecht, Dieter J./Lappin-Eppel, Eleonore/Raggam-Blesch, Michaela: Topographie der Shoah. Gedächtnisorte des zerstörten jüdischen Wien. Mandelbaum 2015: Wien, 101-104.

KZ-Nebenlager Saurer-Werke

Von Juni 1943 bis Winter 1944/45 wurde die nationalsozialistische Kriegsindustrie in Österreich mit dem Einsatz von ZwangsarbeiterInnen des KZ Mauthausen umfassend ausgebaut. Diese Phase war bestimmt durch „einen gigantischen und rücksichtslosen Masseneinsatz von Häftlingen in der privaten und staatlichen Produktion ‚siegentscheidender Waffen‘“ (Maršálek 2006, 26). So entstand ein umfangreiches System von Außenlagern des KZ Mauthausen. Im nationalsozialistischen Wien wurden acht Außenlager mit ZwangsarbeiterInnen aus Mauthausen errichtet.

Ab August 1944 bis zum 2. April 1945 bestand in der Heidequerstraße in Wien Simmering, in den Saurer-Werken, einer Motoren- und Lastwagenfirma, ein Außenlager des KZ Mauthausen. Während des Krieges wurden in den Saurer-Werken hauptsächlich gepanzerte Kraftwagen, Panzerschlepper und Motoren hergestellt.

Warum es ab Sommer 1944 zum Einsatz von ZwangsarbeiterInnen in den Saurer-Werken kam, ist nicht geklärt. Wahrscheinlich besteht ein Zusammenhang mit Himmlers (Reichsführers SS) Zusage an Speer (Reichsminister für Bewaffnung und Munition) 12 000 KZ-Häftlinge für die LKW-Produktion bereitzustellen. Der erste Häftlingstransport in die Saurer-Werke erfolgte am 20. August 1944 mit 150 männlichen Zwangsarbeitern, welche das Lager aufbauen mussten. Die höchste Belegung erreichte das Außenlager im Februar 1945 mit 1500 Häftlingen: „Unter den Häftlingen befanden sich größere Gruppen Polen, Sowjetbürger, Tschechen, Jugoslawen, Franzosen und Italiener, ca. 150 Häftlinge waren als Juden kategorisiert“ (Perz 2006, 446). Insgesamt sind 35 Tote dokumentiert und 136 Rücküberstellungen nach Mauthausen – für Viele bedeutete das den Tod im Krankenlager Mauthausen. Bewacht wurde das Lager von etwa 130 in die SS übernommenen Wehrmachtsangehörigen.

Besonders für die Saurer-Werke ist, dass es eines der wenigen Außenlager war, in dem es zur Bildung einer erfolgreichen Häftlingsorganisation kam. Die kommunistisch dominierte Häftlingsorganisation in Mauthausen entsandte Franz Kalteis als Lagerältesten in die Saurer-Werke. Er sollte Kontakte mit Personen außerhalb des Lagers knüpfen und so Fluchtmöglichkeiten vorbereiten. So gelang insgesamt zwölf Inhaftierten die Flucht, darunter der spätere Wiener KPÖ-Gemeinderat Josef Lauscher. Darüber hinaus baute Kalteis ein vertrauliches Verhältnis mit dem SS-Hauptsturmführer Gärtner auf und konnte ihn überzeugen, im Zuge der Evakuierung am 2. April 1945 die kranken und marschunfähigen Häftlinge nicht zu ermorden. Sie wurden zurückgelassen und von der Roten Armee befreit.



Der Evakuierungsmarsch dauerte zwei Wochen und führte über das Außenlager Steyr-Münichholz nach Gusen. Auf diesem Todesmarsch starben mindestens 16 Personen, der Verbleib von 157 Häftlingen ist nicht geklärt, 25 gelang die Flucht.

1949 gab es ein Volksgerichtsverfahren gegen Gärtner, vor allem aufgrund der Vorkommnisse während der sogenannten Evakuierung.

Ende der 1950er Jahre übernahm die Steyr-Daimler-Puch AG die Aktienmehrheit an den Österreichischen Sauerwerken und stellte die Produktion von Lastkraftwagen und Autobussen im Jahr 1969 ein. Weiterproduziert wurden hingegen Panzer und andere Militärfahrzeuge durch die Firma Steyr-Daimler-Puch Spezialfahrzeuge GmbH. Der Standort Simmering ging im Jahr 2003 an den US-amerikanischen Waffenkonzern General Dynamics, welcher das Werk im Jahre 2014 schloss.

Seit 1981 befindet sich am Ort des ehemaligen KZ-Außenlagers auch ein Gedenkstein, angebracht von der SPÖ-Bezirksorganisation Simmering.

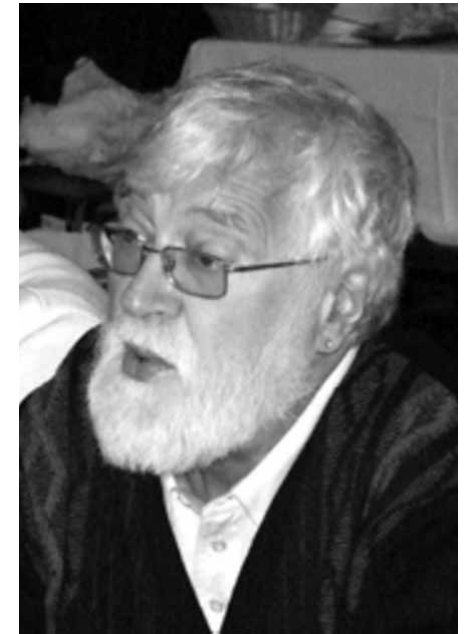
Quellen:

- Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 4. Flossenbürg. Mauthausen. Ravensbrück. Hg. Von Wolfgang Benz und Barbara Distel. München 2006. S. 445-470.
- Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. 4. Auflage. Hans Maršálek. Wien 2006.
- geocaching.com: Außenlager Sauerwerke des KZ Mauthausen

Herbert Exenberger (1943-2009)

Der diesjährige antifaschistische Gedenk- und Rundgang zum Novemberpogrom 1938 hätte ohne die unermüdliche und detaillierte Recherche- sowie Publikationsarbeit von Herbert Exenberger nicht auf dieselbe Weise stattfinden können und diese Broschüre würde nicht in dieser Form vorliegen. Hervorheben möchten wir insbesondere seine Forschungen und Publikationen zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Wien Simmering.

Zur Erinnerung an Herbert Exenberger wurde am 13. November 2014 ein bis dahin unbenannter Weg auf den ehemaligen Mautner-Markhof-Gründen (Zugang über Simmeringer Hauptstraße, neben Nr. 99) „Exenbergerweg“ benannt. Auf dem gleichen Areal befindet sich auch der „Toskaweg“, der an Toska Feuchtbaum (1935-1942), die mit ihrer Mutter Ryfka vom Aspangbahnhof ins Lager Izbica deportiert und 1942 ermordet wurde, erinnert.



Herbert Exenberger: Autor, Archivar und Antifaschist.

Mit dem Abdrucken des Nachrufes des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands (DÖW) 2009 möchten wir an den wichtigen Beitrag erinnern, den Herbert Exenberger für die Erforschung, Dokumentation und Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen in Österreich geleistet hat:

„Prof. Herbert Exenberger, über drei Jahrzehnte lang Bibliothekar des DÖW, Autor zahlreicher Publikationen und engagierter Sozialdemokrat und Antifaschist, verstarb am 8. Oktober 2009 im Alter von 66 Jahren. Wie kaum ein anderer hat er die Arbeiten des DÖW über den Lauf der Jahrzehnte hin geprägt: als Bibliothekar, als Mitarbeiter



an zeitgeschichtlichen Ausstellungen, Projekten und Publikationen, als unerschöpfliche Auskunftswelt, als Kollege und Freund.

Wolfgang Neugebauer erinnert an seinen langjährigen Freund und Weggefährten.

Am 9. Oktober 2009 hat uns die Nachricht erreicht, dass unser Kollege Herbert Exenberger seinem schweren Leiden erlegen ist. Für die, die mit ihm jahrzehntelang gemeinsam im DÖW gearbeitet haben, war es unfassbar, dass Herbert, der bis zuletzt wissenschaftlich und publizistisch tätig war, nicht mehr sein sollte, nie mehr in das DÖW kommen wird.

Herbert Exenberger war eine außergewöhnliche Persönlichkeit. 1943 in Wien geboren, erlernte er den Beruf eines Elektromechanikers und war Facharbeiter in den Wiener E-Werken. Durch seine familiäre Herkunft und sein berufliches Umfeld geprägt, stieß er schon bald zur sozialistischen Arbeiterbewegung. Es waren nicht zuletzt die antifaschistischen und kulturellen Traditionen der österreichischen Sozialdemokratie, die Herbert wie viele andere junge Sozialisten faszinierten und in ihrem politischen Wirken zutiefst beeinflussten. Er unterzog sich den Mühen des zweiten Bildungsweges; neben seiner Arbeit schaffte er die Matura, legte die Prüfung für Volksbibliothekare ab und wurde Leiter einer Zweigstelle der Wiener Städtischen Büchereien. Bei seinen ersten Arbeiten zu antifaschistischen Themen kam er auch mit dem DÖW in engeren Kontakt, und dessen Gründer und Leiter Herbert Steiner konnte 1970 die Freistellung Herbert Exenbergers für das DÖW erreichen. Bis zu seiner Pensionierung 2003 leitete er die Bibliothek und konnte eine umfassende Sammlung von Büchern, „illegalen“ Druckwerken und anderen Materialien aufbauen, die den besonderen Stellenwert der DÖW-Bibliothek ausmachen. Darüber hinaus wirkte er an wissenschaftlichen Projekten des DÖW mit, u. a. an dem Werk Gedenken und Mahnen in Wien 1934-1945, verfasste eine Reihe von Publikationen, insbesondere über SchriftstellerInnen aus der Arbeitswelt, und betätigte sich auch in vielfältiger Weise in der Bildungsarbeit.

Noch im heurigen Jahr hatte er eines seiner wichtigsten Projekte - die Geschichte der Juden in Simmering, seinem Heimatbezirk - mit einer ausgezeichneten Publikation erfolgreich abgeschlossen. Für seine Leistungen wurde Herbert Exenberger u. a. mit dem Berufstitel Professor und mit dem Viktor-Adler-Staatspreis für Geschichte der Arbeiterbewegung ausgezeichnet.

Seine Qualitäten lagen aber nicht nur im bibliothekarischen und wissenschaftlichen Bereich. Er war ein Kollege, der bei allen beliebt war, der niemals Streit hatte und allen behilflich war, dessen Fleiß, Genauigkeit und Verlässlichkeit geschätzt wurden. Seine Hilfsbereitschaft galt in besonderem Maße Studierenden, die er bei Seminar-, Diplom- und Doktorarbeit mit seinem reichen Wissen und seinen Sammlungen unterstützte.

Herbert Exenberger starb im Hartmann-Spital der Franziskanerinnen, also jenem Orden, dem er durch seine aktive Mitwirkung an dem Gedenken für die seliggesprochene Schwester Restituta in besonderem Maße verbunden war. Obwohl Herbert aus seiner Gesinnung kein Hehl machte und im Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer aktiv mitwirkte, war er auch bei Andersdenkenden akzeptiert und beliebt und in diesem Sinn eine Symbolfigur für das überparteiliche, pluralistische DÖW. Ein Feindbild war er allerdings auf Grund seines unbeugsamen und kämpferischen Antifaschismus für Rechtsextremisten und Antisemiten, mit denen er bis hin zu gerichtlichen Auseinandersetzungen konfrontiert war.

Auch nach seiner Pensionierung war Herbert Exenberger dem DÖW in vielfältiger Weise weiter verbunden und konnte nun, von der Routinearbeit befreit, jene Themen behandeln, die ihm besonders am Herzen lagen. Für uns alle im DÖW wird er stets in Erinnerung bleiben als ein vorbildlicher Kollege, als eine Stütze des DÖW und vor allem als ein einzigartiger Mensch.“

Quellen:

- <http://www.doew.at/erforschen/recherche/bibliothek/herbert-exenberger-1943-2009#exenberger>

Weiterführende Informationen und Hinweise

Zu Simmering

- Herbert Exenberger. Gleich dem kleinen Häuflein der Makkabäer. Die jüdische Gemeinde in Simmering 1848 bis 1945. Wien: Mandelbaum Verlag. 2009.
- Martin Kukacka. Virtuelle Rekonstruktion der Synagoge in Wien XI, Braunhubergasse 7 von Jakob Gartner. Architekturhistorische Spurensuche zur Rekonstruktion eines historischen Baudenkmals. Diplomarbeit, Wien 2004.

Allgemein

- Herbert Exenberger, Johann Koß, Brigitte Ungar-Klein. Kündigungsgrund Nichtarier. Die Vertreibung jüdischer Mieter aus den Wiener Gemeindebauten in den Jahren 1938-1945. Wien 1996.
- Dieter J. Hecht, Eleonore Lappin-Eppel, Michaela Raggam-Blesch, Topographie der Shoah. Gedächtnisorte des zerstörten jüdischen Wien, Wien 2015.
- DÖW, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands <http://www.doew.at>
Inhaltliche Schwerpunkte: NS-Verbrechen, NS- und Nachkriegsjustiz, Rechtsextremismus nach 1945, Datenbank der Opfer der Shoa, Widerstand und Verfolgung, Exil, Restitution und Entschädigung.
- Yad Vashem, <http://www.yadvashem.org/>
Datenbank zu Opfern der Shoah, <http://db.yadvashem.org/names/search.html?language=en>
- Leo Beck Institute – New York | Berlin, <https://www.lbi.org/>
Das Leo Baeck Institute New York | Berlin widmet sich der Geschichte der deutschsprachigen Juden und Jüdinnen.

Veranstaltungshinweise

- „Wir durften ja nicht sprechen...“
Fürsorge im NS und ihr Weiterwirken bis ins Heute
12. 11. 2015 – 19:00 Frauenhetz,
Untere Weißgerberstraße 41, 1030 Wien.
- Geschichte in die Gegenwart holen
Auseinandersetzungen, die Konsequenzen fordern
14. 12. 2015 – 19:00 JIFE – Jüdisches Institut für Erwachsenenbildung,
Praterstern 1, 1020 Wien.
- whose story?
Veranstaltungsreihe zu Kontinuitäten des Nazismus
<http://www.uckermark-projekt.org/>

